

Bezugspreis:
Vierteljährl. 30.— M., monatl. 10.— M.
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 10.— M., einjähr. 110.— M.
Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für
Deutschland, Ostpreußen, das Saar- und
Rheinland, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Österreich,
Ungarn und Luxemburg 20.— M., für
das übrige Ausland 27.— M. Post-
bestellungen nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Tschecho-Slowakei, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Volk und Welt“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Erziehung und Kleingarten“
erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags
und Montags einmal.
Telegraphische Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die niedrigste Preisliste Kompatibilität
kostet 5,50 M. „Kleine Anzeigen“
das festgedruckte Wort 1,50 M. (spe-
ziell zwei festgedruckte Worte), jedes
weitere Wort 1.— M. Stellenanzeigen
und Stellenanzeigen das erste
Wort 1.— M., jedes weitere Wort
50 Pf. Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten Preis 3.— M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Leitungsgeld.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 6 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Gedruckt
von 9 Uhr früh bis 6 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Worischplatz 15195-97
Expedition Worischplatz 11753-54

Mittwoch, den 22. Juni 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Interaten-
Abteilung Worischplatz 11753-54

Notschrei aus Kattowitz.

Breslau, 21. Juni. Die Stadt Kattowitz hat folgenden
Hilferuf an den Regierungspräsidenten in Oppeln, an das Auswärtige
Amt in Berlin, an den Reichstag, an den Preussischen Landtag und
an den deutschen Bevollmächtigten in Oppeln gerichtet:

Sieben Wochen leiden wir nunmehr unter der durch Bruch des
Friedensvertrages geschaffenen Gewalt Herrschaft großpolnischer Ein-
dringlinge und oberösterreichischer Insurgenten. Unsere Hilferufe sind
bisher wirkungslos verhallt. Die Besatzungsbehörden
der Interalliierten Kommission dulden weiter
die willkürlichen Maßnahmen der Aufrechter. Von
einem Abbau des Aufstandes ist noch nichts zu bemerken, vielmehr
gehen die Bestrebungen der Aufständischen allem Anschein nach jetzt
dahin, unter den Augen der Interalliierten Kommission vollendete
Tatfachen zu schaffen in der Annahme, das oberösterreichische Volk, das
bisher geduldig alles ertragen hat, werde sich später schon
damit abfinden. Tagtäglich werden von den auf ungesetzlicher
Grundlage geschaffenen Insurgentenbehörden an die allein gesetz-
lichen, unter dem Befehl der Interalliierten Kommission stehenden
Visherrigen Amtsstellen Verfügungen erlassen, die nur darauf
abzielen, dauernde Zustände in polnischem Sinne
zu schaffen. Eine im allgemeinen polnisch gesinnte Miltz soll
dafür sorgen, die Bevölkerung weiter unter dem polnischen Schrecken
zu halten. Finanziell zusammengebrochen suchen die Rebellen durch
Erpressung von wohlhabenden verschleppten Bürgern durch
willkürliche festgesetzte Steuern aller Art und durch Raub und
Einkünfte sich Geld zu verschaffen. Diejenigen, von denen Geld
nicht zu erpressen ist, werden jämmerlich erschlagen oder
mißhandelt. Von einem den Bedürfnissen des Wirtschaftslebens
und des sonstigen Verkehrs auch nur einigermaßen gerecht werden-
den Eisenbahnbetrieb ist keine Rede. Industrie, Han-
del und Gewerbe stehen infolge vollständigen Mangels an Roh-
stoffen und Absatzmöglichkeiten vor dem wirtschaftlichen Zusammen-
bruch. Mit allerhöchster Bejornung sieht die Bevölkerung der
nächsten Zukunft entgegen, denn man fühlt sich unter den obwalten-
den Umständen, deren Besserung noch nicht abzusehen ist, allgemein
vogelfrei. Wann endlich kommt die in Aussicht ge-
stellte Hilfe?
Die Bürgerschaft der Stadt Kattowitz, gez. L. u., Bürgermeister.

100 Millionen für Oberschlesien.

Die preussische Regierung hat für die noleidenden Bewohner
in den jetzt insurgentenfreien oberösterreichischen Gebieten hundert Mil-
lionen Mark zur Verfügung gestellt, die von einem Ausschuss von
Vertrauensleuten an die Hilfsbedürftigen verteilt werden.

Warschau, 21. Juni. (Dk.) Der sozialistische „Robotnik“ ver-
öffentlicht einen Bericht des Abg. Diamand über seine Kon-
ferenz mit der englischen Labour-Partij. Diamand schreibt u. a.:

Der Schweiz trat mir auf die Stirn, als ich bemerkte, daß
ich mich für die Sünden der Faktoren, die in Polen zur Macht ge-
langt sind, verantworten sollte. Ich habe in meinem Leben viele
Prüfungen abgelegt, aber diese schien mir eine der schwierigsten.
Ohne die Unwahrheit zu sagen:

Es hält schwer, Sympathien für den polnischen Staat zu erwerben.
Man mußte alle Kräfte des Intellektes anstrengen, um den eigenen
Glauben auf die Zuhörer zu übertragen. Es wurden mit viele
Tatfachen von Uebergriffen und Gewalttaten gegenüber den Ukrai-
nern und Juden, die Wirtschaft in den Grenzgebieten usw.
vorgehalten. Oberst Bodgwood, der besonnte Abgeordnete, apo-
stropherte mich am Schluss in folgender Weise: „Sagen Sie Ihrer
Regierung und ihrer Volksgemeinschaft, daß sie
auf die Sympathien Englands nicht rechnen
dürfen, solange es in Polen keine Gerechtigkeit gibt, solange Juden-
verfolgungen andauern.“ Als ich erwidern wollte, hinderte er mich
durch eine Handbewegung daran und fügte hinzu: „Sagen Sie
nichts, ich spreche auf Grund eigener Informationen.“

Hindenburg, 21. Juni. (WZ.) Infolge der völligen Ver-
kehrsstörung sind auf den Gruben und Koksanstalten die Stapel-
plätze überfüllt. Die Förderung der Gruben muß daher ein-
geschränkt und zahlreiche Koksöfenbatterien müssen kaltgestellt
werden. Einige Kohlenhalben sind bereits in Brand geraten.
Die Arbeitsluft erlahmt mehr und mehr. Jegliche Autorität der
Betriebsleiter und Meister ist dahin.

London, 21. Juni. (Reuter.) Die Interalliiertenkommission hat
einen Plan für die progressive Zurückziehung der Polen und der
Deutschen in Oberschlesien entworfen, der gegenwärtig mit beiden
Parteien erörtert wird. Im übrigen ist die Lage unverändert.

Sanktionen und Saargebiet.

Aus dem Saargebiet wird uns geschrieben:
Der Weg zur Versöhnung der Völker ist nicht der Weg
tatenlosiger Militärs, sondern der Freunde eines wahren
Menschentums in allen Kulturkationen.

Der Vorsitzende der Union der Völkerbundsvereinigungen,
Lulard-Frankreich, hielt in Genf eine Rede, in der er
sagte:

Wir legen Wert darauf, die demokratisch-modern gerichteten
Kreise in Deutschland zu unterstützen. Sie sind unserer Freundschaft
ebenso würdig, als sie den alten imperialistischen Geist
Deutschlands bekämpfen. . . . Wenn wir Deutschland in den Völker-
bund aufnehmen, so stärken wir unseren Geist der Demokratie, der
Eintracht und des Friedens.

Ebenso sprach sich auch die englische Liga für den
Völkerbund mit großer Mehrheit für die Aufnahme
Deutschlands in den Völkerbund aus. Man spricht vom Frie-
den, vom wirklichen Frieden, aber die Bevölkerung der be-
setzten deutschen Gebiete fühlt ständlich die harte Faust
des Militärs der sogenannten Siegerstaaten. Für die
Unterhaltung der zahlreichen Besatzung hat das deutsche Volk
ganz ungeheure Summen aufzubringen, die, zu einer wirk-
lichen Wiedergutmachung verwendet, für die geschädigten
Länder wirklich segensreich wirken könnten. Die Aufrecht-
erhaltung der wirtschaftlichen Sanktionen trotz
der auch von Frankreich anerkannten ersten Bemühungen
Deutschlands, die Wiedergutmachungspflichten zu erfüllen,
wirkt in dieser Verständigungsatmosphäre peinlich. Auf die
Anregung amtlicher und nichtamtlicher Interessenvertretungen
des besetzten sowie unbesetzten Deutschlands hin hat die deutsche
Regierung bei den Alliierten dringende Vorstellungen gegen die
weitere Beibehaltung der Rheinzolllinie erhoben. Eine
Aeußerung, auch nur eine Erleichterung eintreten zu lassen,
ist bisher nicht erfolgt.

Der augenblickliche Zustand der Aufrechterhaltung der
Sanktionen trotz der Erfüllung Deutschlands wider-
spricht aber dem formalen Recht des Frie-
densvertrages sowie jedem treuen Glauben im inter-
nationalen Verkehr der Völker. Die Bevölkerung des besetzten
Gebietes erhebt einmütig den Ruf, die Rheinzollschranke zu
beseitigen. Durch die Erhebung der Zölle bei der Lebens-
wichtigkeit der Ein- und Ausfuhr für die besetzten Gebiete im
Verein mit den vielen Störungen, Verzögerungen, Erschwe-
rungen und Umständenlichkeiten im Verkehrsleben sind fast sämt-
liche größeren Wirtschaftszweige und Betriebe in Mitleiden-
schaft gezogen. Betriebseinschränkungen und Betriebsstill-
legungen, verkürzter Verdienst und Arbeiterent-
lassungen im Verein mit der in den besetzten Gebieten
bestehenden enormen Teuerung vergrößern täglich Not und
Elend unter der Arbeiterschaft. Infolge der in den besetzten
Gebieten, einschließlich des Saargebiets, sowie schon vor-
handenen erhöhten Teuerung mußte die Arbeiterschaft bisher
um jede notwendige Lohnaufbesserung harte Kämpfe mit den
Unternehmern ausfechten. Es soll allerdings anerkannt wer-
den, daß auch die Mehrzahl dieser nicht auf Rosen gebettet
waren. Sie hatten infolge erhöhter Produktionskosten auf
ihrem natürlichen Absatzmarkt in Deutschland einen scharfen
Konkurrenzkampf mit den billiger produzierenden deutschen
Unternehmern zu bestehen. Ihre Konkurrenzfähigkeit wurde
durch die Zollschranken arg bedroht.

Als das Aschenbrödel der besetzten Gebiete muß nach wie
vor das Saargebiet bezeichnet werden. Gegen die
Frankenwährung bei den öffentlichen Verkehrs-
anstalten wendet sich eine Beschwerde Deutschlands. Die Mark
dürfte, da sie gesetzliches Zahlungsmittel sei, nicht
zwangsweise ausgeschaltet werden. Die Rentabilität
dieser Staatsbetriebe, die durch die Frankenwährung gehoben
werden soll, wird tatsächlich von ganz anderen Umständen be-
einflußt. Der trotz enormer Fahr- und Frachtpreise nur ge-
ringe Ertrag aus dem Miniatureisenbahnverträge trägt
nicht mit dem notwendigen großen kostspieligen Zugzusam-
menstellungsapparat in Saarbrücken. Ebenso hat das kleine
Post- und Telegraphennetz die Kosten einer eigenen DWD. zu
tragen. Hieran werden die teuersten Tarife und Postwert-
zeichen nie etwas ändern können.

Bei der Einführung der Frankenwährung in den
Zechenbetrieben war jedenfalls das Rentabilitätsmotiv nicht
maßgebend, denn trotz teilweiser Markpreise und trotz
Frankenlöhnen und recht kostspieliger Verwaltung konnte
der französische Staat im abgelassenen Geschäftsjahr, laut Be-
richt des Abgeordneten Engerand in dem Ausschuss der fran-
zösischen Kammer, einen Reingewinn von rund 250
Millionen Mark verzeichnen. Warum zahlt man den
Bergarbeitern dennoch den Lohn in Frank? Die Schröpfung
der Arbeiter durch die unzähligen Wechselstubebesitzer, die
horrenden Verkaufspreise für alle Waren usw. wären der Ar-
beiterschaft bei Beibehaltung der Markentlohnung erspart
worden.

Weiteren Grund zu Beschwerden bietet die Anwesenheit
des französischen Militärs und der französi-

83 Tote auf Mont Cenis.

Herne, 21. Juni. (WZ.) Die Zahl der Opfer, die die furcht-
bare Schlagwetterkatastrophe auf der Zechen Mont Cenis gefordert
hat, ist jetzt endgültig festgestellt. Es wurden 79 tote und 72 verletzte
Bergknappen zutage gefördert. Von den Schwerverletzten, die im
Krankenhaus Bergmannsheil in Bochum Aufnahme gefunden haben,
sind bisher vier gestorben, sodas sich die Zahl der Toten auf insge-
samt 83 beläuft. Das Unglück entstand offenbar durch einen Spreng-
schuß in einem schlagwetterreichen Kohlenflöz, denn unmittelbar nach
dem Losgehen des Schusses erfolgte eine zweite gewaltige Detona-
tion, die Tod und Schrecken in die Reihen der Bergleute trug. Die
Toten sind zum Teil entsehtlich verbrannt. Andere wurden durch
die Gewalt der Explosion zerschmettert und furchtbar verstümmelt.
Die Gewalt der Explosion war so stark, daß ein Bergmann, der etwa
eine Viertelstunde von dem Explosionsherd entfernt eine Maschine
bediente, gegen einen Stempel geschleudert und schwer verletzt wurde.

Dieses Unglück ist wohl das größte, das den Ruhrbergbau seit
der furchtbaren Katastrophe auf „Raddob“ 1911 getroffen hat.
Daher ist es nicht gelungen, die Ursache zweifelsfrei festzustellen.
Ein neuntägiger Befriedigungsprozess gegen die „Bergarbeitergeltung“
endete zwar, wie in Altpreußen üblich, mit der Verurteilung des
Redakteurs, ergab aber schwer belastende Zeugenausagen gegen das
rücksichtslose Jagen und Treiben nach Kohlen. Heute ist zum Zechen-
kapitel noch ein anderer Treiber gekommen: Die Entente, die
uns, nach der Antändigung des „Temps“, auch noch zwingen will,
die mit steter Lebensgefahr der Bergleute ertauschte Kohle ihr weiter
zum Inlandspreis zu schenken, damit man sie zum Weltmarktpreis
weiterverkaufen kann. Wird man wenigstens angesichts der Blut-
zeugen von Mont Cenis endlich Einkehr halten auf der Bahn bar-
barischer Auspressung der deutschen Arbeiterklasse?

Herne, 21. Juni. (WZ.) Die Explosion erfüllte fast das ganze
zunächst betroffene Revier, insbesondere die Flöze „Gretchen“ und
„Matthias“, während das ebenfalls dort liegende Flöz „Gustav“
mentaler in Mitleidenhaft gezogen wurde. Der Explosionsstoß war
so heftig, daß er bis in den Hauptwetter(luft)strom vordrang und von
hier aus auch die Nachbarrreviere gefährdete. Die auf dieser Seite
sehr starke Wetterzufuhr verdünnte die giftigen Gase derart, daß
hier nur eine Reihe mehr oder weniger leichter Verletzungen ent-
stand. Dennoch sind auch hier zwei Todesfälle zu beklagen. Noch
ehe die Rettungsmannschaften zur Stelle sein konnten, bewährte sich

Die alle bergmännische Treue

gegen die Kameraden in Not. Es gelang auch auf den von dem
Unglück betroffenen Flöz „Gustav“ und auf den Abbaustrecken, eine
Reihe bemühlosiger und verletzter Knappen lebend zu bergen. Selbster
sind hierbei einige schwere Gasvergiftungen vorgekommen. Die
sogar alarmierten Rettungstruppen der Zechen fuhren sofort ein, be-
gannen mit energischer Bekämpfung der ausgebrochenen kleinen

Brände und durchsuchten die Reviere nach Verwundeten. Es
gelang, einige lebend zu bergen. Inzwischen trafen die Rettungstrup-
pen der umliegenden Zechen ein und gingen ans Werk ohne die
Gefahren und Schwierigkeiten zu achten. Aus dem Unglücksflöz
sind jetzt sämtliche Bergleute geborgen.

Die Untersuchung.

Berlin, 21. Juni. (WZ.) Die Untersuchung über die Ursache
des Unglücks ist noch nicht abgeschlossen, aber mit großer Wahr-
scheinlichkeit dürften Schlagwetterexplosion mit nachfolgender Kohlen-
staubeexplosion angenommen werden. Zwei Kommissare des Han-
delsministeriums haben sich nach dem Schauplatz begeben. Es wird
von zuständiger Seite erklärt, daß alle Sicherheitsmaßnahmen ge-
troffen, und daß insbesondere die Grubenarbeiter seit zwei Monaten
mit der elektrischen Grubenlampe ausgestattet waren.
Wenn der Sprengschuß die Schlagwetter entzündet, kann keine
Sicherheitsmaßregel nützen. Den Kohlenstaub zu binden, ist Zweck
der Berieklung.

Völkerbundrat über Saargebiet.

Genf, 21. Juni. (WZ.) Nachdem der Völkerbundrat
verschiedene öffentliche Sitzungen abgehalten hatte, behandelte er
heute in geheimer Sitzung die Proteste der Deutschen
Regierung betriebs Anwesenheit französischer Truppen und die
Gerichtsbarkeit französischer Gerichte im Saargebiet sowie die
Anweisungen und die Einführung der Frankenwährung im öffent-
lichen Dienste des Saargebiets. Der Präsident der Regierungskommission
des Saargebiets Raoul verteidigte ausführlich die von
der französischen Regierung getroffenen Maßnahmen. Der Völ-
kerbundrat stimmte diesen Darlegungen zu.
Präsident Raoul suchte die deutschen Proteste unter anderem durch
den Hinweis zu entkräften, daß die Gerichtsbarkeit der Kriegs-
gerichte durch ein Dekret eingeschränkt werde, und daß die Aus-
weisungen zum Teil wieder zurückgenommen werden würden.
Er kündigte unter anderem an, daß ein Dekret die Lücke im Frie-
densvertrage über die saarländische Nationalität ausfüllen wird,
monach jede im Saarlande geborene Person, jeder, der am 11. No-
vember 1918 rechtmäßig sich dort niedergelassen hatte, und jeder,
der drei Jahre lang im Saargebiet lebt (Beamte oder kontraktlich
verpflichtete Personen nach einem Jahre), die Staatsangehörigkeit
besitzt.

In einer Erklärung vor Vertretern der Presse suchte Präsident
Raoul die Anwesenheit französischer Truppen damit zu rech-
fertigen, daß diese keine Okkupationstruppen mehr
seien, sondern Garnisonstruppen (!) und daß die
von der deutschen Regierung geforderte örtliche Gendarmerie, die
400 Mann stark sein solle, nicht möglich sei, da diese Zahl für das
Budget zu kostspielig sei.

(Siehe dazu die Ausführungen unseres heutigen Vollaussages.)

ßen Gendarmerie im Saargebiet. Auch hier wird von der Regierungskommission das finanzielle Moment angeführt. Für die laut Friedensvertrag zu errichtende eigene Gendarmerie sollen keine Mittel vorhanden sein. Unseres Erachtens kann die Deckung der jährlich höchstens 1 1/2 Millionen Mark betragenden Unkosten kein Ding der Unmöglichkeit sein. Nur darf die Besteuerung des heimischen und des ausländischen Besitzes nicht weiter als ein „Blümlein Rührmich-nichtan“ betrachtet werden. Der Saargebietsbewohner würden übrigens durch eine solche Zurückziehung viele heute von Militärs belegte Wohnungen wieder zur Verfügung gestellt werden können. Es hat jedoch den Anschein, als ob die Regierungskommission die Anwesenheit des Militärs im Saargebiet für lange Zeit als unabänderliche Tatsache ansieht.

Verstöhnend kann auch nicht wirken, wenn eine ganze Reihe von Saargebietsbewohnern seit Jahresfrist ausgewiesen ist. Es sei an den Fall des Parteigenossen Redakteur Scherer von der Saarbrücker „Volksstimme“ erinnert, der durch die französische Militärbehörde ebenfalls in Abwesenheit zu einer zweijährigen Freiheitsstrafe verurteilt wurde.

Die Mehrzahl der Ausgewiesenen wurden anlässlich des im August v. J. stattgefundenen Verkehrsstreiks des Landes verwiesen. Zwar wurden verschiedene, soweit sie geborene Saarländer waren, inzwischen seitens des Präsidenten Raoult begnadigt und konnten deshalb zurückkehren. Aber noch sehr viele müssen fern von der Heimat leben. Diese Maßnahme traf viele deshalb besonders schwer, weil sie sich überhaupt keiner verbotenen Handlung bewußt und häufig nur das Opfer einer böswilligen Denunziation waren.

Militärgerichte sprechen im Namen der französischen Regierung Recht, obwohl der § 25 der Anlage zum Friedensvertrag ausdrücklich bestimmt, daß die bestehenden Zivilgerichte im Namen der Regierungskommission Recht sprechen sollen. Die Regierungskommission soll sich in letzter Zeit gegen die Verfolgung von Saargebietsbewohnern durch die Militärgerichte ausgesprochen haben. Leider läßt der soeben bekannt gewordene Entwurf einer Justizreform nicht darauf schließen, daß eine wirkliche freiheitlichere Reform geplant ist. In dem deutschen Justiz- und Gesetzwesen ist sicher vieles morsch und faul und deshalb reformbedürftig. Aber nach der Meinung Sachverständiger läßt der neue Entwurf der Regierungskommission gerade das Verbesserungsbedürftige unangefastet und das leidlich Gute darin wird ausgemerzt.

Wo bleibt schließlich in dieser demokratischen Zeit die Schaffung einer wirklichen Volkspartei? Die §§ 23 und 26 der Anlage zum Friedensvertrag reden von „gewählten Vertretern“, und der § 28 sagt: „Das Wahlrecht darf nur für die „Vertikalen Vertretungen“ ausgeübt werden.“ Dieser Widerspruch muß schleunigst beseitigt werden. Es ist ein ganz unhaltbarer Zustand, daß die Regierungskommission alle Verordnungen und Gesetze mit stereotypem Gleichmut an die Kreis- und Stadtverordnetenvertretungen „zur Begutachtung“ gibt, obgleich diese mehr als einmal die Erstattung eines solchen Gutachtens abgelehnt haben. Die „Justizreform“ ist geeignet, die leise Hoffnung auf Einführung eines Saarparlaments zu ersticken. Der § 11 des alten Strafgesetzbuches, der die Verfolgung der Mitglieder der Parlamente wegen Äußerungen, die sie in ihrer Eigenschaft als Parlamentarier taten, untersagte, wurde beseitigt. Wenigstens konsequent hätte man bleiben sollen. Den „Vertikalen Vertretungen“, die gut genug sind, um die gesetzgeberischen Handlungen der Regierungskommission zu „begutachten“, hätte man ohne weiteres diese Immunität zuteil werden lassen sollen. Ja man ging noch weiter, und strich auch den § 12, der die Presse in etwas schützte. Dagegen enthält der Entwurf schwere Strafvorschriften für denjenigen, der eine gewaltsame Entfernung oder Nötigung der Mitglieder der Regierungskommission unternimmt. Das alles läßt kaum darauf schließen, daß die Saargebietsbewohner jemals eine wirkliche Volkspartei erhalten, wenn nicht der Völkerbundsrat einmal ein Nachwort spricht.

In dem ersten Teil der „Völkerbundsakte“ stehen die goldenen Worte:

„In der Erwägung, daß es zur Förderung der Zusammenarbeit der Nationen und zur Gewährleistung von Frieden und Sicherheit zwischen ihnen darauf ankommt, gewisse Verpflichtungen einzugehen, nicht zum Kriege zu schreiten, in aller Deffentlichkeit auf Gerechtigkeit und Ehre beruhende Beziehungen zwischen den Völkern zu pflegen, die von nun an als Regel für das tatsächliche Verhalten der Regierungen anerkannten Vorschriften des Völkerrechts genau zu beachten.“

Die Gerechtigkeit herrschen zu lassen und alle vertragsmäßigen Verpflichtungen in den gegenseitigen Beziehungen der organisierten Völker gewissenhaft zu beobachten; nehmen die hohen, vertragsschließenden Teile die folgende Akte an, die den Völkerbund stiften.“

Ja, wirklich goldene Worte! Jedem echten Menschenfreund, der eine wirkliche Völkerverbesserung herbeiführt, aus dem Herzen gesprochen. Aber es werden trotz allem Prunk nur tote Worte bleiben, wenn ihnen nicht endlich der belebende Geist eingehaucht wird.

Die Heimsuchung Duisburgs.

Aus Duisburg wird uns geschrieben:

Bei Fortdauer der Zollschikane wird nicht allein die gesamte Industrie Rheinlands und Westfalens, sondern auch das übrige linksrheinische Gebiet mit ins Verderben gezogen. Zu größeren Arbeiterentlassungen ist es zwar noch nicht gekommen, weil die Besatzungsbehörde, um die Arbeiterschaft für sich einzunehmen, einfach verbietet. Dafür nimmt die

Streckung der Arbeitszeit immer größere Dimensionen

an. Dem Ergebnis der Zollabgabe im ersten Monat in Höhe von 170 Millionen Mark, was durch die reinen Besatzungslasten Duisburg-Ruhrorts und Düsseldorf ausgewogen sein dürfte, steht der mindestens zehnmal so hohe Schaden der deutschen Wirtschaft gegenüber. Es ist also heller Wahnsinn, die Sanktionen fortzusetzen zu lassen und zugleich die Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Ultimatum zu verlangen. Aber bei Frankreich ist der Wunsch, Deutschland wirtschaftlich zugrunde zu richten, der vorherrschende Faktor, der es allen Vernunftbegründungen unzugänglich macht. Und England ist weit... — Die Last der Unterhaltung von

18 000 Mann Besatzung,

die übertriebenen Ansprüche der Besatzungsoffiziere, die Verschärfung der Wohnungsnot bis zur Unerträglichkeit lasten auf dem Leben der Stadt. Die Säuglingssterblichkeit, bedingt durch die gefährdete Milchversorgung, die Tuberkuloseverbreitungen, bedingt durch die drückenden Wohnungsverhältnisse, haben in erschreckendem Maße zugenommen. Die Knebelung der Presse übersteigt alles erträgliche Maß. Welchen Grad die Erbitterung erreicht hat, erhellt am besten aus einer in der letzten Stadtverordnetenversammlung von sämtlichen Fraktionen an die Stadtverwaltung gestellten Anfrage wegen der fortgesetzten Bedrohung und der

täglich Angriffe,

denen namentlich die Frauen und Mädchen ausgeführt sind. Beklagt sich jemand über eine ihm zugefügte Härte, dann erhält er regelmäßig zur Antwort, er möge sich

bei der deutschen Behörde dafür bedanken,

die Befehle sich nur der Anweisung der deutschen Behörde fügen.

Ein französischer Truppenkommandant stellte an die Theaterleitung das Ansinnen, ihm eine

Anzahl Freispieler

für seine Offiziere zur Verfügung zu stellen, als Gegenleistung für die großen Vorteile, die das Geschäftsleben durch Befehle und Einkäufe der Truppen genießt. Und das, obwohl den Besatzungsoffizieren 106 beste Theaterfreispieler seit Beginn der Besatzung bereits zur Verfügung gestellt werden mußten und wodurch die Theaterkasse im April 25 000 M. und im Mai 35 000 M. verlor.

Am 24. Juni findet in Paris eine Sachverständigenzusammenkunft statt, in der das endgültige Wiederaufbauprogramm beraten werden soll. Die Räumung der rechtsrheinischen Gebiete und Aufhebung der Sanktionen sollte eine Voraussetzung bilden für Wert und Richtigkeit dieser Verhandlungen.

Für Amsterdam. Nach einer Havasmeldung aus Straßburg

haben die Delegierten der Gewerkschaften des Niederrheins den Anschluß an die Internationale von Krosau mit 50 gegen 44 Stimmen abgelehnt.

Gareis-Debatte im bayrischen Landtag.

München, 21. Juni. (B.Z.) Auf der Tagesordnung des Landtages, der am Dienstag nachmittag zu einer Sitzung zusammentrat, stehen als Hauptpunkte die Interpellationen der USPD und der Sozialdemokraten wegen der Ermordung des Abgeordneten Gareis. Den Hoch des Ermordeten im Sitzungssaal schmückten Blumen und ein Vorbeerkranz mit roter Schleife. Bei Beginn der Sitzung waren alle Tribünen dicht besetzt. Am Ministerisch hatten der Ministerpräsident v. Kahr und die übrigen Staatsminister Platz genommen.

Präsident Königsbaur eröffnete die Sitzung mit einem herzlich gehaltenen, den Toten ehrenden Nachruf, den das Haus, auch die Vertreter der Staatsregierung stehend anhörten. Er gab der Erwartung Ausdruck, daß es gelingen werde, den Verbrecher ausfindig zu machen und der gerechten Strafe zuzuführen, damit auch die Motive der Tat eine restlose Klärung finden.

Hg. Rumann (USPD.) begründet die Interpellation in längeren Darlegungen und geißelt die Methode, politisch auf einem anderen Standpunkt Stehende durch Ruch aus der Welt zu schaffen. Ministerpräsident v. Kahr habe einmal gesagt: „Unsere Staatsbürger müssen sich frei betätigen können“, sei aber offensichtlich nicht imstande, dieses Versprechen zu halten. Der Redner verurteilt in seinen weiteren Ausführungen die Art, wie man den Politiker und Menschen Gareis in rechtsstehenden Blättern mit Schmutz beworfen habe. Es ist eine Verleumdung, daß Gareis Ententeoffizieren Mitteilungen über Waffenlager gemacht und einen darauf bezüglichen Artikel im „Temps“ geschrieben habe. Man sehe jetzt unter einer

Diffatur, schwarz-weiß-rot

festumliert, mit dem Hakenkreuz an der Fahne. Die Arbeiterchaft werde gezwungen sein, sich mit Selbstschuß zu umgeben, solange diese Regierung am Ruder sei. Was in Bayern herrsche, sei nicht Ruhe und Ordnung, sondern Anarchie. Der Redner verlangte zum Schluß, daß endlich auch in Bayern verfassungsmäßige Zustände hergestellt würden und forderte auch die bürgerlichen Parteien auf, dazu mitzubefahren.

München, 21. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Nach dem Redner der Unabhängigen ergriff Genosse Saenger für die Sozialdemokratie das Wort. Seine Rede war das Ereignis des Tages. Ernst und mit messerscharfer Argumentation rechnete Saenger mit dem Ministerpräsidenten und vor allem mit dem Justizminister Roth ab, der mit höhnischen Satzspäßen die Keulenschläge des Redners über sich ergehen ließ. Die Hauptfrage sei — führte Saenger aus —, ob die bayerische Staatsregierung nicht alles unterlassen habe, was den Geist der Gewalt und des Rodes hätte eindämmen können. Diese schwere Unterlassungsschuld räche sich bitter durch die schwere Störung des inneren Friedens. Es sei allerdings schwerer, einem niedrigen, aber populären Volksmund in der Presse entgegenzutreten als Abgeordnete niederzuschleichen und Arbeiter verhaften zu lassen. Unter Zeichen der Erregung des Hauses rief Genosse Saenger dem Justizminister zu: „Wenn Sie einmal aus dem Amt gegangen sind, dann wird sich erst der Schaden zeigen, den Sie angerichtet haben! Dinge, wie die Aufforderung an die Richter zum Ungehorsam gegen die Reichsregierung sind nicht mehr reparabel.“

Um 1/9 Uhr abends wurde die Sitzung abgebrochen. Damit werden die Erklärungen des Ministerpräsidenten und der Regierungsparteien auf Mittwoch vormittag vertagt.

München, 21. Juni. (B.Z.) Auf eine Anfrage der USPD im Landtage wegen der Duldung des Russenkongresses in Reichshall zu Anfang Juni, der sich mit dem Sturz der gegenwärtigen russischen Regierung und der Wiedererrichtung des Zarentums befaßt habe, teilt der Vertreter der Regierung mit, daß es sich bei dem Kongreß um die Behandlung rein wirtschaftlicher (!) Fragen handelte. Der Kongreß habe sich in keiner Weise in die politischen Angelegenheiten des deutschen Volkes eingemischt und auch keine Anhaltspunkte (!) dafür gegeben, daß die Absicht einer gewaltsamen Änderung der jetzigen Staatsform in Russland bei den Kongreßteilnehmern bestand. Ein Anlaß zum Einschreiten sei daher nicht gegeben gewesen.

Eine freundliche Anregung. Der Pariser „Antronsgeant“ (Der Unverföhnliche) verlangt, daß Deutschland für jeden Tag bis zur Auslieferung der Fahnen von 1870/71 eine Million zahlen soll. — Wir hoffen: Golddollars. Das Verbrechen, daß 1870/71 die Boches französische Fahnen erobert haben, muß hart bestraft werden.

Amundsens gescheiterte Polarreise.

Dem Entdecker des Südpols, der noch besser in der Arktis zu Hause ist, scheint neuerdings das Glück nicht mehr hold. Nach den jüngsten Meldungen hat der zähe Norweger abermals seinen Versuch, den Nordpol zu erreichen, aufgeben müssen, und er hat sich telegraphisch mit dem Ersuchen an das norwegische Storting gewandt, ihm zur Beschaffung einer neuen Ausrüstung für seine Expedition 300 000 Kronen zu bewilligen.

Obwohl bis zur Stunde nähere Nachrichten von und über Amundsen nicht vorliegen, läßt sich doch jedenfalls schon jetzt mit Bestimmtheit sagen, daß der Forscher wiederum, wie schon im vorigen Jahre, unverrichteter Dinge hat umkehren müssen, daß er aber trotz diesem zweimaligen Mißerfolg, wie das Telegramm nach Christiania beweist, seine Pläne nicht endgültig aufgegeben hat.

Ihre Verwirklichung erstrebt Roald Amundsen nun schon seit zwölf Jahren. Es war im September 1909, als er den Plan sah, den Versuch Frithjof Nansens zu wiederholen, um sich von der Polarküste langsam dem Nordpol entgegenzuführen zu lassen. Noch während er mit der Vorbereitung dieser Expedition beschäftigt war, kehrten Cook und Peary, angeblich beide erfolgreich, vom Nordpol zurück, und wenn sich der Bericht Cooks bald auch als höchst unglaubwürdig erweist, so gelang es Peary doch, in allen wichtigen Punkten die Richtigkeit seiner Messungen nachzuweisen. Jedenfalls wurde E. Peary von dem amerikanischen Geographen als Erreicher des Nordpols anerkannt, unbeschadet des Umstandes, daß er aller Wahrscheinlichkeit nach diesen rein mathematischen Punkt nicht genau erreicht hat. Jedenfalls war aber in der Welt das Interesse für die Nordpolforschung abgeklaut; auch die Weltleute, die Forschungsreisen durch ihre Subventionen gewöhnlich erst zu ermöglichen pflegen, erwiesen sich nunmehr als Leute mit zuckersüßen Töfchen, weil sie in ihrer laienhaften Anschauung wohl meinten, nun gebe es in der Arktis für den Geographen überhaupt nichts mehr zu tun. Auch das sparame norwegische Storting verweigerte Amundsen weitere Mittel. Angesichts der Unmöglichkeit, die 100 000 Kronen aufzubringen, die Amundsen damals für die Durchführung seiner Pläne gebraucht hätte, entschloß er sich kurzerhand, sein Reiseziel zu ändern und mitten im Atlantik, von wo aus er um das Kap Horn nordwärts die Beringstraße ansegeln wollte, Kurs auf die Antarktis zu setzen. Seine rasche und glänzende Eroberung des Südpols, mit der er dem englischen Kapitän Scott die gleichzeitig erstrebte Trophäe entriß, ist bekannt; nach seiner Rückkehr nach Amerika gedachte Amundsen, wie vorher versprochen, seinen älteren Plan der Trifflahrt durch das Nordliche Eismeer zum Nordpol wieder aufzunehmen. Aber der Krieg kam dazwischen, und Roald Amundsen

konnte erst im Sommer 1916 an Bord seines Schiffes „Maud“ von Christiania aus nordwärts in See gehen, um ostwärts bis zu den neuseeländischen Inseln vorzudringen und sich hier, genau wie es ein Vierteljahrhundert vorher Frithjof Nansen getan hatte, der Polstrift anzuvertrauen.

Nach großen Schwierigkeiten mit dem Eise gelangte die „Maud“, die am 12. April 1919 das Winterquartier verlassen hatte, am 19. September 1919 östlich der neuseeländischen Inseln unter 77 Grad nördlicher Breite in undurchdringliches Packeis, bei dessen näherer Untersuchung Amundsen fand, daß es mit 1 1/2 Knoten Geschwindigkeit südblich statt nördlich trieb. Amundsen sah, nachdem die „Maud“ vom Eise losgekommen war, deshalb Kurs nach Südosten, und es blieb ihm nichts übrig, als bei der Kapon-Insel zu überwintern. Im Frühjahr 1920 wurde die „Maud“ wieder flott. Um nicht noch ein volles Jahr zu verlieren, ging er mit der „Maud“ schon nach vierzehn Tagen wieder in See, ohne auch nur die für ihn bestellten Ausrüstungsgegenstände in Nome (Alaska) an Bord genommen zu haben. Aber schon am 21. September vorigen Jahres lief aus Seattle an der Pazifischen Küste Amerikas die Meldung ein, daß Amundsen gezwungen sein werde, sein Schiff aufzugeben, da dieses vom Eis eingeschlossen sei und jeden Augenblick in Stücke geschlagen werden könne. Seither hatte man von der Expedition nichts mehr gehört und es ist nicht bekannt geworden, inwieweit sich jene letzte Meldung von der ihr drohenden Gefahr bewahrheitet hat. Aber auch wenn Amundsen die „Maud“ aus der drohenden Umklammerung des Eises noch rechtzeitig hat freibekommen können, müssen die Schwierigkeiten, die sich seinem weiteren Vordringen nach Norden entgegenstellten, so unüberwindlich gewesen sein, daß er nach abermaliger Ueberwinterung in diesem Frühjahr von neuem hülfesuchend Kurs auf Alaska gesetzt hat.

Gewiß wird es dem kühnen Manne auch jetzt wieder gelingen, seine Expedition neu aufzuräumen, um seinen Versuch zum dritten Male zu unternehmen. Hoffentlich ist er nun endlich wieder vom Glück begünstigt.

Popularisierung der Wissenschaft in Amerika. In Amerika hat sich ein Komitee gebildet, das die Vorbereitung volkstümlicher Wissenschaft in großem Maße in die Hand nehmen will. In einem demokratischen Staate muß das Volk so viel wie möglich Zutritt zu der Wissenschaft haben, aber es fehlt noch viel, daß dies Ziel erreicht wäre. Auch der Schulunterricht ist noch weit zurück. Das Science Service („Dienst für Wissenschaft“) zu Washington will die Klust überbrücken. Der Vorstand besteht aus 10 Professoren und 5 Journalisten, die sich bisher schon als volkstümlich-wissenschaftliche Schriftsteller betätigt haben. Durch eine Stiftung ist das Institut in der Lage, seine Tätigkeit ohne Rücksicht auf Geldsorgen zu betreiben. Man will volkstümliche Zeitschriften herausgeben und die

bereits bestehenden Zeitschriften, die wissenschaftlich aufklärende Artikel bringen, unterstützen. Geld zu verdienen, liegt nicht in der Absicht des Komitees; etwaige Ueberschüsse sollen stets zur Förderung der Zwecke der Gesellschaft verwendet werden.

Die Amerikaner wollen nicht so weit gehen, wie Tolstoj, der einmal sagte, man könne, wenn man es richtig anfange, jedem Bayern die Philosophie von Kant erklären; aber sie wollen doch ihr Möglichstes tun. Präsident ist Professor Ritter von der California-Universität zu La Jolla, California. Die Leiter der Bewegung suchen Vertreter an allen Universitäten und Forschungsinstituten; Gelehrte, die Zeit und Lust haben, für Blätter, die nicht gerade Fachblätter sind, zu schreiben, sind willkommen. Auch wird Verbindung gesucht mit jungen Leuten, welche die populär-wissenschaftliche Schriftstellerei ganz oder teilweise zu ihrem Lebensberuf machen wollen. Zeitungen und Zeitschriften werden ersucht, ihre Wünsche auf diesem Gebiete mitzuteilen. Wenn Zeitungen oder Zeitschriften brieflich oder drahtlich mitteilen, daß sie einen bestimmten wissenschaftlichen Artikel wünschen, wird man möglichst schnell die geeignete Kapazität suchen, die den Artikel liefert. Ebenso wird man danach trachten, für die Bücher und Zeitschriften, die man selbst herausgibt, den weitesten Vertriebskreis zu suchen. Es handelt sich natürlich um ein rein amerikanisches Unternehmen, aber es ist interessant, zu sehen, wie die Amerikaner ein solches Problem ansassen.

Ein vorbildliches Denkmal- und Natursehengebiet. Der hamburgische Staat hat ein Gesetz erlassen, das alle Denkmäler, Baudenkmäler, Denkmäler vor- und frühgeschichtlicher Art und Naturdenkmäler im weitesten Umfange unter Schutz stellt. Alle zu schützenden Denkmäler werden in Listen eingetragen, die der Deffentlichkeit zugänglich gemacht werden und für deren Aufstellung ein Denkmalpfleger bestellt ist. Die Ausführung des Gesetzes liegt einer besonders eingesetzten Behörde ob.

In der Volkshäuser wird in Abänderung des Spielplans am Mittwoch nicht „Die lange Jule“, sondern um 7 Uhr „Der Bauer als Millionär“ aufgeführt.

Das „Neue Theater am Zoo“ soll Ende August eröffnet werden. Ernst Friedrich regiert die „Armut“ von Bildgans am Donnerstag 7 Uhr in der Arbeiter-Rath-Ausstellung, Petersburger Str. 39.

Der Monistenbund veranstaltet Freitag 7 Uhr Hohenhausenstr. 47/48 einen Diskussionsabend über „Die Bedeutung der Philosophie in der Gegenwart“.

Spenden für die Universität Jena. Für die neugebildete Gesellschaft der Freunde der Universität Jena spendete u. a. die Karl-Feich-Stiftung 500 000 M.

Konflikt in den Wiener Staatstheatern. Der Präsident der beiden Staatstheater, Sedew, erklärt, wegen des Konflikts mit dem Direktor des Burgtheaters, Bildgans, in der Angelegenheit der Aufführung des „Ständes Geldes“ sein Amt niederlegen zu wollen. Die Komodie Sedews wurde nämlich kürzlich vom Spielplan abgesetzt. Da die Direktion des Burgtheaters das Stück angenommen hatte, so ist die Abhebung durch eine Weisung höheren Orts erzwungen worden.

Die Abänderung der Straßennamen.

Eine Brotdebatte im Rathaus. — Noch keine Fortsetzung der Etatsdebatte.

In der Stadiverordnetenversammlung ließ die Redefreiheit wieder nichts zu wünschen übrig. Ueber die Abänderung der Straßennamen wurde sehr viel weniger geräuschvoll verhandelt als in der vorigen Sitzung, die bei diesem Gegenstand in Radam unterging. Bei einer Rede Ad. Hoffmanns verließ gestern die Rechte größtenteils den Saal, so daß neue Vorschläge erspart blieben. Hoffmann erinnerte daran, daß sogar der Deutsche Nationalverein kurz nach der Revolution dem Deserteur Wilhelm II. ehrlöse Gesinnung vorgeworfen hat. Dr. Steiniger war im Saal geblieben, aber — er schwieg. Der Antrag auf Beseitigung byzantinischer Straßennamen wurde in der vom Ausschuss vorgeschlagenen Fassung angenommen durch die drei Fraktionen der Linken, denen sich einige Demokraten zugesellten. — Die Debatte über den Verlust eines in den Spartakustagen von 1919 „beschlagener“ Autos brachte die eigenartige Situation, daß die beiden kommunistischen Stadträte Kante und Stoll eine Magistratsvorlage vertraten, die von dem kommunistischen Stadterordneten Degner als Unsinn und Schwindel zurückgewiesen wurde. — Ein Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung beabsichtigte, den Bäckern die Abgabe marktfreien Brotes zu ermöglichen, um ihnen einen Sonderprofit zuzuschlagen. Die Rednerin der Deutschen Frau Beder behauptete fast, daß den Arbeiterfamilien der Ankauf des teureren Brotes nicht schwer werde. Den Antrag lehnten die drei Fraktionen der Linken ab. — Nach 9 Uhr entspann sich noch eine lange Auseinandersetzung über die Fortsetzung der Etatsdebatte. Die Kommunisten bemühten sich, die entstandenen Schwierigkeiten der Fertigstellung des Etats noch zu steigern.

Sitzungsbericht.

Vorsieder Dr. Behl kommt auf den Vorgang zurück, daß der Etatsauschuss am Montag nicht hat arbeiten können, da seine rechtliche Einsetzung angezweifelt worden sei. Er stellt fest, daß

der Etat

in der vorigen Sitzung ordnungsmäßig dem Budgetischen Ausschuss überwiesen worden ist und schlägt vor, nochmals ausdrücklich die Heberwilling des Etats für 1921 an den Ausschuss zu beschließen. Gegen den Widerspruch der Kommunisten findet der Vorschlag eine große Mehrheit.

Zur Fortsetzung der Beratung über den Antrag der Kommunisten wegen Schleuniger

Umbenennung der Straßen und Plätze.

deren Bezeichnung an das monarchistisch-militaristische System erinnert, richtet der Vorsitzende an das ganze Haus die Bitte, sich jeder provokierenden Äußerung zu enthalten; es gebe bei allen Parteien gewisse Empfindungen und Gefühle, die nicht ungestraft verkehrt werden dürfen.

Der Ausschussantrag geht dahin, beim Vorkommnis die Umbenennung derjenigen Straßen und Plätze zu beantragen, die erstens mehrfach vorkommen und zu Verwechslungen Anlaß geben können, oder zweitens ohne historisches Interesse sind und nur aus dynastisch-byzantinischen Ansichten gewählt worden sind. Ein Zusatz wird noch von Dr. Weinberg (U. Soz.) dahin beantragt, daß es nach Aufhebung der Verlesung Sache der städtischen Behörden sein muß, selbständig darüber zu bestimmen, welche Namen die Straßen und Plätze tragen sollen, und die Verlesung einjucht den Magistrat, diesen Standpunkt bei den Staatsbehörden zur Geltung zu bringen.

Dr. Caspari (D. Sp.): In der vorigen Sitzung hat Herr Löwy in einer Weise, die uns empören mußte, das frühere Herrscherhaus angegriffen und die letzten Jahre vor dem Kriege für die ärmlichste Zeit Berlins erklärt. Ich habe darauf entgegnet, es seien vielleicht die ruhmvollsten Jahre für das ganze Volk gewesen und die schmählichste Zeit habe erst begonnen, als

das Heer verümpft und verlostert

vor, und mich auf Roste als Urheber dieses Urteils berufen. Die Zeitungsberichte lauten durchaus abweichend. — Die Begründung,

die Herr Löwy dem Antrag zu 2 gegeben hat, gibt vielleicht auch den Demokraten Anlaß zu einer Kaschierung ihres Standpunktes. Auch den Antrag zu 1 hatten wir, abgesehen vom Kostenpunkt, für durchaus unpraktisch.

Adolf Hoffmann (Komm.): Ohne die Provokation des Herrn Caspari wäre die Erregung in der vorigen Sitzung gar nicht entstanden. (Woh! bei der Reden.) Die Berufung des Herrn auf Roste sollte die Arbeiterkassen zur Bestimmung bringen, damit sie endlich energisch von dem Mann abtrüdt. Wenn Empfindlichkeiten nicht verletzt werden sollen, hätte auch Herr Caspari nicht so wie heute von den Hohenzollern sprechen dürfen. Ich halte ihm Zeugnis aus seinem Vorgehen entgegen; der große China-Vorkaufordereitsmarschall Graf Waldersee hat gesagt,

Wilhelm II. sei ein Schauspieler und ein Feigling

gewesen; im Jahre 1919 hat Dr. Steiniger in der „Deutschen Zeitung“ einen Artikel zur Flucht Wilhelms veröffentlicht, worin es heißt, Wilhelm habe damit ehrlös gehandelt, er hätte verbleiben müssen, mit keinem Heere zu sterben. — Im Jahre 1908 war man im Reichstage von Bebel bis Hindenburg darüber einig, daß Wilhelm endlich sein verdammtes Maul halten müsse, womit er uns die ganze Welt auf den Hals hebe. (Die Mitglieder der beiden Parteien der Rechten verlassen bis auf einige Ausnahmen den Saal.) Mit dem Byzantinismus muß endlich aufgeräumt werden. Um neue Namen sind wir nicht verlegen. Selbst ein

Troßki-Plan

wäre ganz zweckmäßig statt des Schloßplatzes. Die Erinnerung an die Träger des Militarismus und Kapitalismus, die uns ins Elend gestürzt haben, muß ausgegremt werden.

Dops (Dem.): Der Ausschuss hat die Sache vom praktischen Standpunkte angefaßt. Im Plenum hat man sich über die Frage viel zu sehr aufgeregt. Lange (Z.) glaubt nicht, daß die Alternative Monarchie oder Republik bei den Straßenschildern zur Entscheidung gebracht werden kann. Ein Troßki-Plan wäre auch Byzantinismus.

In der Abstimmung werden der Vorschlag des Ausschusses und der Antrag Weinberg angenommen. Dagegen stimmt die Rechte und ein Teil der Demokraten.

Die Vorlage wegen Aufnahme eines Darlehens bei der städtischen Sparkasse für die Errichtung des Krematoriums in der Dieselmeierstraße gelangt zur Annahme.

Auch die Anträge wegen Erhöhung der Bezüge der

Pensionäre und Hinterbliebenen

der Großen Berliner Straßenbahn erhalten eine Mehrheit. Nachdem der weitergehende Antrag, den Militärentwicklungen die gleichen Sätze zu gewähren wie den jetzt pensionsberechtigten werdenden Angestellten, gegen U. Soz. und Komm. abgelehnt worden, tritt die Verlesung des Ausschussantrages bei, wonach der bezügliche Fonds von 700 000 M. verdonopert werden soll; außerdem sollen nach einem Antrage Heimann die Bezüge, soweit ein Bedürfnis vorliegt, mit denen der Reupensionäre gleichgestellt werden.

Eine lange Reihe von Magistratsvorlagen minderen Interesses wird ohne Debatte verabschiedet. Darunter befinden sich diejenigen betr. Einrichtung einer Abwässerungsstelle der Kriegsvormalungen der Stadtgemeinde Berlin und betr. Einrichtung einer Selbstversicherung für die Stadtgemeinde Berlin. — Die Vorlage wegen Aufhebung der Preise für elektrischen Strom geht an den Haushaltsauschuss. Die im Anschluß hieran vom Vorsitzende gemachte Mitteilung, daß heute auch eine Vorlage wegen Erhöhung der Gaspreise eingebracht ist, wird von der Versammlung mit lebhaftem Hörül aufgenommen.

Der nach 6 Monaten vom Magistrat zur Kenntnisnahme vorgelegte Bericht über die Angelegenheit des

Verlustes eines städtischen Autos

und über die Frage, ob und wieweit den früheren Stadtrat, jetzigen Bürgermeister Berndt für diesen Verlust eine Schuld trifft, kommt zu einem völlig negativen Ergebnis; weder über den Verleib des von der „revolutionären Arbeiterschaft“ beschlagnahmten Autos, noch über die behauptete Existenz eines in jenen Revolutionstagen ergangenen amtlichen Verbots, Autos in den Straßen fahren zu lassen, ist das Mindeste zu ermitteln gewesen. Dem Bericht ist eine vom Oberbürgermeister Böß und vom Stadtrat Boesch unterzeichnete Erklärung angehängt, wonach die Anschuldigung gegen den Stadtrat

Berndt zu Unrecht erhoben worden ist. — In der Erörterung erklären Dr. Weinberg (U. Soz.) und Degner (Komm.) den Bericht für überaus mangelhaft und geradezu irreführend. Die Kommunisten bringen den Antrag ein, Stadtrat Berndt für den Verlust von 14 000 M. haftbar zu machen. Koch (Dnat.) sieht sich genötigt, den jetzigen, doch immerhin etwas linksorientierten Magistrat gegen die Kommunisten in Schutz zu nehmen und stellt die oblige Inschuld Berndts als erwiesen hin. Der Magistratsvertreter, Stadtrat Stoll, betont demgegenüber, daß der Bericht über die Schuld oder Nichtschuld Berndts ein Urteil überhaupt nicht abgibt. — Schließlich wird sowohl ein Antrag Koch, nochmals eine Ausschussprüfung eintreten zu lassen, als auch der Antrag der Kommunisten abgelehnt.

Mit einem gemäßigten Aufgebot von Stimmkräften und Argumenten begründet sodann Drewitz (Wirtsch. Bgg.) den Antrag, den Magistrat zu eruchen, den Bäckereien zur Herstellung und

Abgabe marktfreien Brodes.

das in großen Mengen angebotene Ausbackmehl zur Verfügung zu stellen. Sein besonderer Jörn konzentriert sich auf die unmoralische Brotart und auf die Reichsgeldbestelle. — Der Magistratsvertreter erklärt den Magistrat für durchaus unzulänglich. Hülse (U. Soz.) und Pfeiffer (Komm.) lehnen den Antrag ab, dessen Einbringung und Begründung die Vermutung, daß man vor Neuwahlen liehe, zur Gemütsheil mache. Frau Schmidt (Soz.): Wir würden der Bevölkerung gern auch marktfreies Gebäck zuführen; aber auf dem Wege des Antrags würde nur ein neues Privileg für die Reichen geschaffen.

Die Generaldiskussion des Etats für 1921.

die sich der Einseitigkeitsrede des Kammerers hätte anschließen müssen, soll nach einem Vorschlag Hirsch (Soz.) diesmal bei dem Drange der Geschäftsliste — der Etat muß bis 30. Juni verabschiedet und genehmigt sein — ausfallen und durch eine Aussprache ersetzt werden, die mit der Ausschussberichterstattung verbunden werden soll. Die Unabhängigen Sozialisten und die Kommunisten widersprechen, weil der Etat noch gar nicht vollständig vorgelegt sei, geschweige denn die erste Lesung stattgefunden habe. Der Kammerer beruft sich auf die bestehende Zwangslage; komme der Etat nicht vor dem 1. Juli zustande, so verliere die Stadt das Recht der Steuervertretung an die Aufsichtsbehörde. Ein Beschluß kommt nicht zustande, da sich um 10 Uhr die Beschlusfähigkeit der Versammlung herausstellt.

Sommers Anfang.

Rum hat also der „prächtige“ Sommer seinen Einzug gehalten, denn im Kalender steht ja: Sommers Anfang. So muß es wohl wahr sein, wenn man es auch kaum glauben mag. Gibt es doch Leute, die ernsthaft daran denken, sich ihr Winterzeug wieder hervorzuholen. Dennoch läßt sich nicht leugnen, daß Sommers Anfang ist, wie wohl man in Rück Erinnerung an die überheißen Tage sagen möchte: Der Sommer ist vorbei, es kommt der Herbst.

In Wahrheit kommt der Herbst heran, so wenig wir es glauben mögen. Ist das Jahr nicht in mächtigem Schwung und raschem Aufstieg, ohne daß wir es so recht gewahrt wurden, zur Höhe gelangt? Die Entwicklung der Pflanzenwelt hat ihren Gipfel erreicht. Die Bäume stehen im vollen Laubschmuck. Die Rosenpracht entblättert bereits. Der Werbegefang der Vögel ist verstummt, dafür regt sich die junge flügge Welt, piepst und flattert und ist freuergregüt. Und wollen wir auch dies alles nicht sehen, eines ist ganz gewiß: Nur eine kurze Frist und die Tage werden wieder kürzer.

Der Mensch weiß das alles wohl, aber er will es nicht sehen. Und aus diesem Widerstreit zwischen Verstand und Gefühl reißt es ihn empor. Seinen ganzen Willen zum Leben rafft er zusammen, um die Stunde zu bejahen. Wie hoch steht noch die Sonne am Himmel. Wie lang sind noch die Tage! Wie unsäglich schön können sie noch werden! Sonne, Wärme, Leben, Natur, Menschen, alles das gibt es zu erfassen und zusammenzubringen zu dem einen Wort: Sommer. In diesem Wort liegt das Höchste, das der nordliche Mensch kennt: das Genießen des Lebens, die Freude am Leben.

Je weiter man jetzt nach Norden kommt, desto länger werden die Tage, desto kürzer die Nächte. Ganz hoch oben im Norden geht die Sonne gar nicht unter. Es ist ewiger Tag. Da rauscht und braust das Blut des Menschen auf und entläßt sich in unermüdeten Freudenfesten. Tanz im Freien, Tanz um die Feuer, Tanz der Jungen und Alten, Tanz Tag und Nacht. Spiel und Gesang.

Reisner ergriff seine Hand. „Nochmals, Herr Justizrat, meinen Dank!“

„Wofür?“ fragte der Justizrat, indem er seine Hand zurückzog.

„Für Ihre Freundschaft.“

Der Alte schüttelte den Kopf. „Sie täuschen sich. Ich bin nicht Ihr Freund. Nicht Ihr, noch der eines anderen. Viel eher bin ich vielleicht Ihr Feind.“

„Mein Feind?“

„Der Ihre und der aller anderen. Und vielleicht bemühe ich Sie, indem ich Sie so gehen lasse, nur für meine Zwecke... Oder werden Sie nicht Unheil anrichten, indem Sie so handeln, wie ich Ihnen geraten habe? ... Ueberlegen Sie es sich wohl! Mir kann es gleich sein. Denn ich hoffe die Menschen. Ja!“

Reisner starrte ihn, der mit einem Male aus sich herauszuwachsen schien, wie eine Erscheinung an.

Doch der Alte wies mit der Hand auf die Tür. „Gehen Sie jetzt,“ sagte er zornig, „ich kann Sie nicht brauchen!“

6.

Als Reisner wiederum auf die Straße trat, fühlte er, daß er sich in vielem gewandelt hatte.

Eine heiße, überschäumende Freude war in ihm, die sich um seine Sinne wie ein leiser Rausch legte. Und aus seinem Herzen quoll eine junge Kraft, eine Kraft, mit der er sich selber fühlte, die ihm bewies, daß er wohlgerüstet an einem neuen Abschnitt seines Lebens stand.

Er war voller Ungebuld. So vieles in seinem Leben war gut zu machen, so viele Fehler und Irrtümer waren auszuweichen, so viele verpaßte Gelegenheiten nachzuholen, daß er wahrlich Eile hatte, damit zu beginnen. Gerade jetzt war es noch Zeit. Jetzt, wo er eben davor stand, sein Leben neu einzurichten, — leidenschaftslos, mit Verstand und kühler Berechnung.

Denn gerade dieses eine war es, dessen Mangel bisher seinem Glück im Weg gestanden hatte: Kälte!

Wie dumm und primitiv war es doch im Grunde, zu glauben, daß man seine Mitmenschen entweder lieben oder hassen müsse. Beides, Liebe ebenso wie Haß, machte befangen, und dard, daß der Mensch befangen war, lagen alle Wurzeln seiner Niederlagen und Irrtümer. Nur wer innerlich kalt war, durfte hoffen, zu herrschen, weil er ja der einzige war, den Gefühle und Vorurteile nicht in Fesseln legen konnten. —

(Fortf. folgt.)

Die Rächer.

109

Roman von Hermann Wagner.

„Es ist dumm,“ fuhr der Alte nach einer Pause der Erzählung müde fort, „zu glauben, daß man zu seinem Glück und zum Leben zu können die Menschen nötig habe. Ich brauchte volle zwanzigdreißig Jahre, um einzusehen, daß das dumm ist. Genau so lange war ich ein Narr, der gewisse Dinge, die nicht wichtig sind, für äußerst wichtig hielt. Der, wie so viele andere, glaubte, ohne eine bestimmte Frau nicht leben zu können... Oder ist Ihnen nicht bekannt, daß ich einmal verheiratet war?“

„Nein,“ sagte Reisner bestürzt.

„Ich war es. Ich war es genau ein halbes Jahr. Nicht länger. Denn im siebenten Monat meiner Ehe stellte es sich heraus, daß...“

Der Justizrat lachte trocken und ließ den Satz unvollendet. Es kam mit einem Male Leben in ihn, das von alten Erinnerungen geweckt schien. Seine Augen funkelten lebhaft und lustig. „Kurz,“ ergänzte er heiter, „es war mein Freund. Der, auf den ich jeden Einfluß gelegt hätte.“ Gerade der... Nun, und ich bin doch alt geworden, alt und glücklich, glücklich, als ich es in der ersten Hälfte meines Lebens war! Und ich bin es geworden, weil ich nicht mehr der Narr war, mein Leben von dem Dasein eines anderen abhängig zu machen. Weil ich hinter die Empfindsamkeit meiner Jugend einen Strich gesetzt und es gelernt hatte, kalt und nüchtern meinen eigenen Weg zu gehen.“

Er hand plötzlich auf, kreuzte die Arme über der Brust und ging mit langen, schlepptenden Schritten, die der Teppich lautlos machte, durch das Zimmer, in sich versunken und wie im Gespräch mit sich selbst. „Das ist das Geheimnis, junger Freund, das Geheimnis, wie man die Menschen in Wahrheit beherrscht: man beherrscht sie, indem man sich von ihnen nicht beherrschen läßt, indem man sie nicht beachtet... Es wird Leute geben, die Ihnen sagen werden, daß Sie, um wieder glücklich zu werden, Ihre Lat bereuen müssen, um sich durch diese Reue die Verzeihung Ihrer Mitwelt zu erringen. Das ist Unsinn. Reue freut wohl die Menschen, wie sie alles Leid freud, das ein anderer erduldet, aber sie bringt sie niemals dahin, zu verzeihen. Wer bereut, bleibt für sie ewig der, der Ursache hat, zu bereuen. Sie verzeihen nur dem, der ihnen

zeigt, daß er sie weder haßt noch liebt, daß sie ihm vielmehr gleichgültig sind. Dem laufen sie nach, dem drängen sie sich auf, so sehr, daß er, um sich vor ihnen zu schützen, sich, wie ich, von der Außenwelt abschließen muß!“

Er blieb vor Reisner, dessen Blide mit plötzlich ausgebrochener Zärtlichkeit an ihm hing, stehen und legte ihm die kalte Hand auf die Schulter. „Gehen Sie und versuchen Sie so zu sein, wie ich Ihnen sage. Nur vergessen Sie nicht, daß eine große Kraft dazu nötig ist, eine Kraft der Selbstbeherrschung, die nie versagen darf, keinen Augenblick. Zeigen Sie nie, daß Sie leiden, zeigen Sie auch nie, daß Sie sich freuen; bleiben Sie unter allen Umständen kalt, Schmeicheleien wie Beschimpfungen gleichermäßen unzugänglich. Nehen Sie eine große Mauer um sich, hinter deren Schutze es Ihnen leicht werden wird, zu lächeln, wie immer man Ihnen auch begegnet. So werden Sie unverletzlich. Und so bekommen Sie die Menschen in die Gewalt. Denn jedermann hat nur zweierlei Möglichkeiten: die, zu herrschen, und die, beherrscht zu werden. Und der, der herrschen will, muß sich vor allem selber beherrschen!“

Er brach ab, ging die Wand entlang und schien in den Anblick zweier Aquarelle versunken, scheinbar mit dem, was er gesagt hatte, nicht mehr beschäftigt.

Mitten in dieser seiner flüchtigen Zerstreung aber stellte er, ohne den Kopf von den Bildern zu wenden, sich die Frage: „Nun, wofür haben Sie sich entschlossen?“

„Für beides,“ antwortete da Reisner laut und wie befreit. Der Justizrat schnellte herum. „Was heißt das?“

„Das heißt, daß ich die Stadt verlassen werde, ohne doch zu fliehen.“

Reisner erhob sich, stredte sich und lachte. „Herr Justizrat, ich danke Ihnen. Es war eine wertvolle Stunde, die Sie mir geschenkt haben. Ich danke Ihnen nochmals. Und ich werde das, was Sie mir gesagt haben, nie vergessen.“

Der Justizrat betrachtete ihn spöttlich. „Was gedenken Sie zu tun?“

„Ich will von hier fortgehen. Aber weder Furcht noch Scham treiben mich fort, nein. Ich traue es mir jetzt zu, hier zu bleiben, nach dem, was ich von Ihnen gehört habe. Aber ich denke mir, daß ich nach den Grundätzen, die Sie mir entwickelt haben, in der Fremde viel schneller vorwärts kommen kann. Und mir eilt es, denn ich muß wieder von vorn anfangen, ganz von vorn...“

„Ja, ja,“ nickte der Justizrat, „ich begreife Ihre Eile.“

Scherzen, Lachen und Rissen. Freude, Freude überall. Denn in der Tiefe des Jahres lauert die Nacht, in der wochenlang keine Sonne scheint.

Sommerzeit soll Freudezeit sein. Auch bei uns. Noch kommen die Ferien für unsere Jugend. Urlaub und Reise, Erholung und Erlebnis winken für viele. Und all denen, die der Großstadt nicht entfliehen können, winken auch hier allerlei Freuden. Der Laubengarten, die schönen Seen, die tiefen Wälder, Hügel mit Blick ins ferne Land. Dahinter, weit dahinter liegt der Herbst, der Winter, sie bergen Arbeit und harte Kämpfe. Wappnen wir uns für sie. Füllen wir uns in den wenigen Sommerwochen mit Gesundheit, Freude und Kraft an, damit wir all den Armen, denen die Sonne nicht scheint, in ihrem Kampf um das Recht auf Freude zur Seite stehen können.

Sommers Anfang. Es lebe die Freude.

Geheimnisse der Internationalen Künstlergesellschaft. Anklage wegen Kuppel und Blutshande.

Vor einigen Tagen brauchten wir zur Kennzeichnung gewisser Zustände in Berlin WB den etwas harten Ausdruck „Kloake“. Der nachfolgende Bericht über einen soeben beginnenden Prozeß beweist, wie berechtigt dennoch dieser Ausdruck war. Während die arbeitende Bevölkerung des Ostens und Nordens den schweren Schlaf körperlicher Ermüdung schläft und sich trotz aller rüstigen und unermüdeten Werktagsarbeit dennoch gefallen lassen muß, daß man ihr vorwirft, sie arbeite nicht genug, spielen sich in dem von allen Faktoren gesättigten Berliner Westen, diesmal in dem äußerst vornehmen Dahlem, Dinge ab, die an die Verfallszeiten Roms erinnern und den tiefsten Abscheu aller einfach und rein empfindenden Menschen erregen müssen.

Vor der 4. Strafkammer des Landgerichts III hat sich wegen Anstiftung zur Kuppel, Verführung einer Minderjährigen und Blutschande der ehemalige 51 Jahre alte Landwirt Georg Ahrens zu verantworten, ein sehr wohlhabender Mann, der aber seinen landwirtschaftlichen Beruf seit 20 Jahren nicht mehr ausübt, sondern sich künstlerischen Studien zugewendet hat, insbesondere der Bildhauerei. Er trennte sich, um in dieser künstlerischen Tätigkeit nicht gehindert zu werden, von seiner Frau und seinen Kindern und lebt seit langer Zeit vorübergehend in Berlin, wo er ein ehebrevierisches Verhältnis mit seiner bis zu seiner Verhaftung bei ihm tätig gewesenen Wirtschafterin unterhält. Von dieser Wirtschafterin wird er als Vater des von ihr geborenen Kindes bezeichnet. Seine Ehe ist aus diesem Grunde auch geschieden worden. Er nahm dann seinen ständigen Wohnsitz in Berlin, besaß aber daneben noch ein Jagdhaus in Stechow bei Rathenow, später auch noch eine Besitzung in Westerland. Auch besaß er nacheinander mehrere Landgüter, auf denen er abwechselnd alljährlich sich eine Zeitlang aufhielt. Er ist schließlich nach Dahlem verzogen und hatte in dem Hause Fontanestraße 14 die zweite Etage gemietet.

Dort begründete er die „Internationale Künstlergesellschaft“, zu deren „Direktor“ er sich ernannte. Zweck und Ziele dieser Gründung sind recht dunkel; die Anklagebehörde nimmt an, daß diese Bezeichnung nur gewählt sei, um einen Deckmantel für das von dem Angeklagten in diesen Räumen in großem Umfange betriebene unstiftliche Treiben zu bilden. Der Angeklagte soll sich eine Art Harem eingerichtet haben, den er in reicher Abwechslung immer mit neuem jungen Mädchenmaterial besetzt hat. Diese soll er unter dem Vorgeben, daß sie als „Modelle“ sich Geld verdienen könnten, teils von der Straße in sein Atelier gelockt, teils durch zwei von ihm gebrauchte Mädchen sich aus den Kreisen der jungen Tänzerinnen des Admiralspalastes haben zuführen lassen. Mit diesen „Modellen“, die er in plastischen Stellungen photographierte, sollen dann die unglücklichen Handlungen vorgenommen worden sein, die ihm nun vorgeworfen werden. Zu den Opfern seiner List gehört ein junges Mädchen, das nach unschuldig und noch nicht 18 Jahre alt gewesen sein soll, ferner die oben erwähnte uneheliche Tochter, gegen die er sich in Westerland wiederholt vergangen haben soll. In diesem schwersten Fall der Anklage bestreitet der Angeklagte besonders die Blutschande. Er bestreitet aber auch im übrigen jede strafbare Handlung, so daß ein sehr umfangreicher Zeugenapparat seitens der Staatsanwaltschaft aufgeboten worden ist. Zu den von dieser geladenen etwa 50 Zeuginnen und Zeugen haben die Rechtsanwältin Dr. Frey und Salomon nach 10 Zeugen geladen, so daß die Verhandlung drei volle Sitzungstage ausfüllen wird. Die Verhandlung findet unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Wir werden das Urteil mitteilen.

Der Kampf um das Lazarett.

190 Kriegskrieger bleiben im Schloßlazarett.

Nach einer Mitteilung des Hauptversorgungsamtes haben die Insassen des Schloßlazarets in Charlottenburg beschlossen, weiter dort zu verbleiben. Nur ganz vereinzelte Schwerkranke hätten sich in andere Krankenanstalten verlegen lassen. Die Verbliebenen würden in ihrer Haltung von außerhalb des Krankenhauses stehenden Persönlichkeiten, die ihnen auch Geldmittel zur Verfügung stellen, bestärkt. Zur Hilfestellung bei plötzlichen Erkrankungen und Unglücksfällen sei eine unter ärztlicher Leitung stehende Rothilfe eingerichtet, die Anweisung habe, die den gesundheitlichen Anforderungen nicht mehr entsprechenden Verbände zu wechseln. Im ehemaligen Schloßlazarett befinden sich noch etwa 30 behandlungsbedürftige Kranke.

Nach unseren Informationen befinden sich im Schloßlazarett noch etwa 190 Kranke, darunter viele Schwerkranke, die der ärztlichen Hilfe dringend bedürfen. Die Zahl 30 wird als völlig unzureichend erklärt. Eine geringe Zahl der Kranken habe in die Verlegung gewilligt. Doch unter den rund 190 im Lazarett Befindlichen sich nur etwa 30 Behandlungsbedürftige befänden, könne nicht anerkannt werden. Es handle sich meistens um Amputierte, vielfach um Doppeltamputierte, in einzelnen Fällen sogar um Kranke ohne Füße oder ohne Arme und um Rückenmarkskranke, die sich ohne Hilfe gar nicht bewegen, ja nicht einmal ihre Bedürfnisse verrichten können. Die Arbeiterschaft habe sich in anerkannter Weise der verkrüppelten und kranken Insassen des Lazarets angenommen und sich deren Dank durch Unterstützung mit Geldmitteln erworben. Auch die Charlottenburger Einwohnerchaft hat ihre Sympathie durch reiche Zuwendung von Lebensmitteln bekundet.

Die in der Mitteilung des Hauptversorgungsamtes erwähnte, jetzt wieder eingeleitete ärztliche Hilfestellung sei nicht ausreichend und könne kaum als Rothilfe angesehen werden. Eine anerkannter Weise der Verbandsorganisationen ihnen Reinigung und Beschäftigung der Leib- und Bettwäsche unentgeltlich bewerkstelligen. Ueber hygienische Mängel in den Raumnähten können die Insassen des Lazarets nicht klagen.

Die in bürgerlichen Zeitungen „ausgehärteten“ angeblich großen Kosten des Lazarets müßten als irreführend bezeichnet werden, denn einerseits könne man ein Lazarett, in dem fast ausschließlich Krüppel zu behandeln sind, nicht mit einem gewöhnlichen Krankenhaus vergleichen und andererseits müsse ein großer, wenn nicht der größte Teil dieser Kosten auf Ausgaben der Schlossverwaltung zurückgeführt werden, die mit den eigentlichen Kosten des Lazarets gar nicht im Zusammenhang stehen. Die Insassen geben sich der Hoffnung hin, an ihrem Verbleiben in dem Schloßlazarett nicht gehindert zu werden.

Freundezeit im Altersheim.

In dem Hause Koyperstr. 28/40, das städtisches Eigentum ist, befindet sich das Altersheim für Hausangestellte, das 78 alte invalide Hausangestellte beherbergt. Das Heim ist eine städtische Stiftung, wird von der Stadt Berlin verwaltet und steht unter der Obhut eines Kuratoriums von Frauen, das sich aus

Angehörigen aller Parteien zusammensetzt. Von der SPD.-Stadtverordneten-Fraktion gehört die Genossin Schröder dem Kuratorium an. Jüngst konnte das Heim auf ein bereits 60jähriges Festbank zurückblicken und da keinerlei Mittel zur Verfügung standen, um diesen Tag festlich zu begehen, taten sich die Kuratoriumsmitglieder zusammen und brachten einen Betrag auf, der es ermöglichte, die Insassen des Heimes zu erfreuen. Als der Tag da war, wurden die alten Angehörigen zu Kaffe und Kuchen gebeten, und eine jede erhielt auch noch eine Tafel Schokolade. Junge Gewerkschafter sangen schöne Volkslieder und wickten damit in der Brust der Anwesenden die schönsten Erinnerungen. In manchem Auge glänzte eine stille Träne... So wurden die Stunden allen Teilnehmern zu einem untergeheulichen Erlebnis. Ein Wort des Dankes gebührt auch dem wackeren Hausinspektor Berndt und seiner Gattin, die die Insassen des Heimes alle die Jahre hingehend betreut haben. Mit Vergnügen wird man vermerken können, daß sich die Frauen d. h. die Kuratoriumsmitglieder, zu einem menschlich schönen Werk zusammengefunden haben, denn anderen Menschen helfen und ihnen Freude machen entspricht ganz der ethischen Grundlage des Sozialismus.

Die neuen Monatskartenpreise im Vorortverkehr.

Nachdem vor einiger Zeit der erste Teil der Preistafeln zum Tarif für die Beförderung von Personen im Berliner Stadt-, Ring- und Vorortverkehr mit den Einzelpreisen, die zum 1. Juli in Kraft treten werden, erschienen ist, gelangt nunmehr auch das 2. Heft des gleichen Tarifs, welches die Preise für Wochen- und Monatskarten ab 1. Juli enthält, zur Ausgabe.

Nach diesem nunmehr amtlichen Material betragen die Preise für Monatskarten im Stadt- und Ringverkehr, wie bereits gemeldet, 40 M. in der 2. Kl. und 25 M. in der 3. Kl. Schülermonatskarten kosten 20 bzw. 13 M. und Wochenkarten 3,50 M. Im Vorortverkehr sind die Mindestpreise (bis zu Entfernungen von 10 Kilometern) die gleichen wie im Stadt- und Ringverkehr. Bis zu 25 Kilometern Entfernung steigt der Preis der Monatsarten in der 2. Kl. um 1,20 M. je Kilometer, während in den darüber hinausliegenden Entfernungen (vom 26. Kilometer ab) 2,60 M. für jeden Kilometer Fahrt erhoben wird. In der 2. Klasse betragen die Fahrpreise das 1/4fache des Preises der 3. Klasse, während die Wochenarten ein Drittel des Preises der Monatsarten 3. Klasse kosten. Im nachfolgenden geben wir eine kurze Uebersicht über die wichtigsten Fahrpreise für Monats- und Wochenarten in den wichtigsten Verkehrsbeziehungen, die auf Grund des nunmehr vorliegenden amtlichen Tarifs festgestellt sind:

Vom Steinfelder Bahnhof nach Westen kostet die Monatskarte 2 Kl. 77 M., 3. Kl. 51 M. und die Wochenkarte 17 M. In gleicher Reihenfolge lassen sich die Preise für die nachfolgenden Verkehrsbeziehungen angeben: Steinfelder Bf., bis Hennigsdorf 60, 40, 14 M.; bis Tegel 44, 29, 10 M.; Bismarck-Windespreisgrenze; bis Oranienburg 85, 57, 19 M.; bis Birkenwerder 60, 40, 14 M.; bis Hermsdorf 44, 32, 11 M.; bis Bernau 62, 41, 14 M.; bis Buch 47, 32, 11 M.; bis Blankenburg Windespreisgrenze.

Vom Bahnhof Fedelesstraße nach Rüdersdorf 96, 64, 22 M.; bis Strausberg 98, 62, 21 M.; bis Neuenhagen 62, 41, 14 M.; bis Mahlsdorf 51, 34, 12 M.; bis Rausdorf 47, 32, 11 M.; bis Vichtenberg-Friedrichsfelde Windespreisgrenze; bis Fürsteneiche 171, 114, 38 M.; bis Erlaer 81, 54, 18 M.; bis Friedrichshagen 62, 42, 14 M.; bis Köpenick 49, 33, 11 M.; bis Karsdorf 42, 28, 9,50 M.; bis Rummelsburg Windespreisgrenze; bis Brunnow 40, 27, 9 M.; bis Werder 120, 80, 27 M.; bis Potsdam 51, 34, 18 M.; bis Neubabelsberg 65, 44, 15 M.; bis Wannsee 58, 39, 13 M.

Vom Görlitzer Bahnhof nach Spindlersfeld 42, 28, 9,50 M.; bis Königsmusterhagen 77, 51, 17 M.; bis Neuthen 60, 40, 14 M.; bis Grünau 45, 30, 10 M.; bis Riederichsneude-Johannisthal Windespreisgrenze.

Vom Potsdamer Bahnhof nach Groß-Lichterfelde (Ost) Mindestpreis: bis Joppen 96, 64, 22 M.; bis Niekow 45, 30, 10 M.; bis Marienfelde Windespreisgrenze.

Vom Wannseebahnhof nach Werder 108, 72, 24 M.; bis Wilmersdorf 85, 57, 19 M.; bis Potsdam 78, 49, 17 M.; bis Neubabelsberg 60, 40, 14 M.; bis Wannsee 54, 36, 12 M.; bis Jandorf (West) 45, 30, 10 M.; bis Lichterfelde-West Windespreisgrenze.

Neu in den Tarif aufgenommen sind die Strecken nach Beetz und nach Mustermark, die bisher zu den Sagen des Fernverkehrs rechneten, vom 1. Juli ab endgültig in den Berliner Vorortverkehr einbezogen werden, nachdem sie seit dem 1. Juni bereits Vorortguppertreffe zu den alten Sagen des Fernverkehrs erhalten haben. Die Monats- bzw. Wochenarten ab Friedrichstraße nach Beetz kosten 151, 101, 34 M.; bis Wilmersdorf 112, 75, 25 M.; bis Wilmersdorf 96, 64, 22 M.; bis Drewitz 73, 49, 17 M. Vom Görlitzer Bahnhof nach Mustermark 57, 38, 20 M.; bis Dallgow-Döberitz 62, 41, 14 M.; bis Stanken 49, 33, 11 M.; bis Nauen 106, 71, 24 M.; bis Seefeld 58, 39, 13 M.; bis Spandau Hauptbahnhof 42, 28, 9,50 M. Diese Preise werden, ebenso wie die der Monatsarten im Fernverkehr nach einer Ermäßigung erfolgen, die etwa 15 bis 20 Proz. betragen, jedoch erst am 1. September frühestens in Kraft treten kann.

Kulturparlament der Schuljugend.

Das Neuköllner Jugendpflegsamt hat für das kommende Winterhalbjahr ähnlich wie im Vorjahre für die Schuljugend unterhaltende und bildende Veranstaltungen verschiedener Art in Aussicht genommen. Um hierbei die Meinung der ja am meisten beteiligten Schuljugend einmal selbst zu hören, hatte der Dezernent des Jugendamts, Stabrat Schneider, durch die Direktoren sämtlicher Schulen je zwei Schüler bzw. Schülerinnen der Oberklasse auszuwählen und nach dem Stadtverordnetenentscheidungsorgane des Rathauses kommen lassen. In diesem Kinderparlament herrschte Einigkeit darüber, daß, wie im Vorjahre, wieder das gewöhnlich bekannte Diebstahl-Motionen-Theater für Neukölln gewonnen werden soll. An Theateraufführungen wurden hauptsächlich die Schillerschen Dramen und ferner im Großen Schauspielhaus Shakespeare-Aufführungen und die „Dresler“ gewünscht. In Opern kamen „Undine“, „Freischütz“, „Oberon“, „Fidelio“ und „Rartha“ in Frage. Mit allen gegen eine Stimme erklärte sich die Schuljugend dafür, daß an Stelle der allwöchentlich zweimal veranstalteten Kinovorstellungen im städt. Lichtspielhaus am Mittwoch und Freitag jeder Woche Veranstaltungen stattfinden sollten, an denen die Schuljugend in der Hauptsache selbst beteiligt ist. Es gelangen Gefangensporträge, Chorgefänge, Regalitionen, Reigenaufführungen, Volkslied, kleinere Theaterstücke und anderes zur Aufführung. Die Vorführung guter Kinofilme soll dabei nicht ganz ausgeschlossen sein; so wurde besonders der Schneefußfilm und für die kleineren Schulkinder die neu verfilmten Märchen (Tischlein deck dich und andere) gewünscht.

Körperschafts- und Kapitalertragssteuer.

Zur Abgabe der Steuererklärungen zum Zweck der ersten Veranlagung zur Körperschaftsteuer und zur Kapitalertragssteuer enthält unsere heutige Nummer eine amtliche Bekanntmachung des Zentral-Finanzamts I, deren Beachtung allen Interessenten empfohlen wird.

Die Straßenbändler gegen polizeiliche Übergriffe. Die Straßenbändler Berlin, Section der Spezialisten, traten kürzlich im Eisbaß-Garten zu einer Protestversammlung gegen die Übergriffe der Polizeibeamten und Aufsichtspersonen zusammen. Der Referent, Stadtverordneter Zimmermann, schilderte eingehend die Bedeutung der Spezialisten als Vahnbrecher und Schrittmacher der deutschen Industrie, die durch Verträge und praktische Vorführungen unbekanntem Artifel dem Publikum zugänglich machen. Eine einstimmig angenommene Resolution protestiert gegen die ständig steigenden Schikanen der behördlichen Organe und erblickt in diesen Maßnahmen die Unterdrückung ihres berechtigten Berufes. Mit Empörung nimmt die Versammlung Kenntnis von Schikierungen und Mißhandlungen. Sie erwartet, daß die Räte unterleucht und die Schuldigen ihrer gerechten Strafe entgegengeführt werden.

„Ausverkauf“ im Jugendamt.

Der Andrang vor dem städtischen Jugendamt von Eltern, die ihre Kinder für den Landaufenthalt angemeldet haben, war am Dienstag so enorm, daß die Beamten der Schupo, die zur Hilfe gerufen werden mußten, stundenlang alle Hände voll zu tun hatten, um nur einigermaßen die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Einige Mütter haben stundenlang und länger auf abflühenden Bescheiden warten müssen. Der einzige Trost bestand darin, daß die meisten Eltern, mehr als 200, abgewiesen werden mußten, weil alle offenen Plätze längst besetzt waren. Ueber diese Abweisungen erregten sich natürlich die mit den allergrößten Hoffnungen und mit günstigen schriftlichen Bescheiden erschienenen Eltern.

Beamte, keine Soldaten. In einer Zuschrift des Verbandes der Beamten der Schupo, Landesgruppe Groß-Berlin, wird darauf aufmerksam gemacht, daß es falsch sei, von Soldaten der Schupo zu sprechen. Als Sammelname sei der Name: Schupo-Polizeibeamter zutreffend. — Zu der Bezeichnung der Beamten als Soldaten gibt lediglich die militärische Uniform Anlaß. Hin und wieder hat es auch den Anschein, als ob eine Anzahl höherer Chargen es darauf abseht, möglichst militärisch Aussehen zu erwecken. Der Wunsch der Beamten ist verständlich, aber die zurzeit übliche Uniform wird das Publikum wider Willen verleiten, vom „Soldaten“ zu sprechen.

Unentgeltliche Impfung jederzeit. Zur Entloftung der regelmäßig stattfindenden öffentlichen Impfungen in den Groß-Berliner Eingemeinden werden fortan in der Städtischen Impfstation, Berlin, Dorostr. 30, am Zentralviehhof unentgeltlich Impfungen für Erst- und Wiederimpfungen vorgenommen. In der genannten Zeit werden ferner von den Ärzten Beratungen und Belegungen über angeblich schädliche Folgen der Impfung erteilt.

Ueber die innere und äußere Politik Deutschlands sprach Genosse Lüdeman in einer vom 15. Bezirk einberufenen gutbesuchten öffentlichen Versammlung in Riederichsneude. Genosse Lüdeman bewies die Notwendigkeit der Illimitationsunterzeichnung, um das Deutsche Reich vor Schäden zu bewahren, und betonte u. a., daß der Reichskanzler Dr. Birtz, der Akademiker, für die Gegenwart ein besseres Verständnis zeige, als der Arbeiterführer Stegerwald, in dem sich die Kräfte der bürgerlichen Reaktion sammelten. Als einen Vorgang von höchster politischer Bedeutung betrachtete Genosse Lüdeman den Eintritt des Großindustrialführers Rathenau in die Regierung. Um die 50-60 Milliarden Mark, die wir durch die Schuld der entlassenen Länderpolitik der sozialistischen Regierung jährlich zahlen müßten, aufzubringen, sei es notwendig, neue Steuerquellen zu erschließen. Die Besteuerung von Grund und Boden sei eine Notwendigkeit, wenn sich auch die bestehenden Klassen dagegen sträuben. Auch sei die Idee einer Syndikalsteuer gut, wenn damit die Sozialisierung der Rohlen und Erze beginnt. Bei der Entwaffnungsforderung der Entente kam Genosse Lüdeman auf Bayern zu sprechen, das als Land der Reaktion und der Attentate die Segnungen aller nationalen Freuden darstelle. Sollen die Verhältnisse Bayerns nicht nach Freuden verpflanzt werden, so müsse jeder Arbeiter die Konsequenz ziehen und eintreten in die alte Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Oberkieslerischer Hilfstag. Für den 8. Juli ist für ganz Deutschland und Leutichslerreich — mit Ausnahme der Bäder und Kurorte — ein „Oberkieslerischer Hilfstag“ angesetzt. Das Hilfestück, das vom Deutschen Roten Kreuz, von den Vereinigten Verbänden heimattreuer Oberkiesler und vom Bund der deutschen Grenzmarkenlaupenherde ins Leben gerufen worden ist, hat rein charakteristischer Charakter und soll die durch den Vertriebenen und ins Elend gekommenen Oberkiesler lindern.

Die Futtermittelverteilungskette für die Stadt Berlin verlegt am 24. und 25. Juni d. J. ihre im Hain Nollenthorst 9/10 gelegenen Büroräume nach der Reuen Friedrichstr. 19/20 im vierten Stock. Der neue Umzug ist an die Fernsprechnummern Alexander Nr. 5742/2, 5743/3 und 5747/76 und Klingel Nr. 6008/6 angegeschlossen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Mittwoch, den 22. Juni:

- 1. Abt. Schließend 7 1/2 Uhr in den bekannten Lokalen.
- 21. Abt. Schließend 7 1/2 Uhr in den bekannten Lokalen.
- 31. Abt. 7 1/2 Uhr Schließend in folgenden Lokalen: Bezirk 1 und 2 bei Busch, Schloßstr. 40; Bezirk 3, 4, 5, 6, 7 und 8 bei Frau, Seelower Str. 2; Bezirk 9 und 10 bei Weisner, Schloßstr. 34; Bezirk 11, 12 und 13 bei Schulz, Grolmsche Str. 36; Bezirk 14 und 15 bei Frau, Nollenthorst. 1 Uhr im Reichstagsgebäude, Zimmer 15, Sitzung des Arbeitsausschusses.

Morgen, Donnerstag, den 23. Juni:

- 1. Abt. Charlottenburg. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal Jakob, Dismardstraße, Ecke Seelenheimer Straße. Thema: „Janetz und äußere Politik“. Ref. Gen. Dr. Walter Schulz.
- 14. Abt. Charlottenburg. 7 1/2 Uhr bei Marland (Heidehof), Rosenbaum-Weg, Ecke Nollenthorst. Versammlung sämtlicher SPD.-Mitglieder des Siemens-Kongress. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgemacht. Da über außerordentlich wichtige Punkte verhandelt wird, ist es Pflicht eines jeden Funktionärs, in dieser Versammlung zu erscheinen oder für geeignete Vertretung zu sorgen.

Freuenabende am Donnerstag, den 23. Juni:

- 24. Abt. Charlottenburg. 7 1/2 Uhr bei Stein, Poststr. 8. Thema: „Die Frau und das Sozialismus“. Ref. Gen. Dr. Max Schütte.
- 5. Kreis, Friedrichshagen. Sonntag, den 24. Juni, nachmittags 2 Uhr, Besuch der Sternwarte in Tempeln. Aufführung des humorvollen Hochschulgemsins: „Die Wunder des Scherzkaufs“. Karten zum Preis von 2 M. sind nach bei den Genossen Rich, Bernstr. 35, 36, 37, Poststr. 18, Ritzsch, Stroßmannstr. 41 und bei Böhm, Landsberger Weg 156, zu haben.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Philharmonischer Konzert- und Theater-Orchester-Verein. Uebungsabend des Orchesters (einen Freitag, abends 8-11 Uhr). Gäste sowie interessierte Mitwirkende sind gern willkommen. Berlin RD., Landsberger Weg 150.

Arbeitersport.

Arbeiter-Wasser-Sportverband. Sämtliche Kostagen betreffs Uebung für die Provinz Brandenburg und Potsdam sind zu richten an Ernst Müller, Berlin SO. 38, Pflanzstr. 39, n. 1 Tr.

Schwimmklub Neptun 1904. Lichterberg. Mißgl. 5. Abt. M. R. Heute Sitzung der Neptun. Tagesordnung: Abkündigung der Uebung in den Arb.-Turn- u. Sportklub. Unser Schwimmer. Persönliches Geschehen aller Mitglieder ist Pflicht.

Das Arbeiter-Schwimmverein, das der Arbeiter-Wasser-Sportverband, Kreis I (Brandenburg), am vergangenen Sonntag in Oberwalde, mit der Absicht dort einen Arbeiter-Schwimmverein zu gründen, abhielt, hatte großen Erfolg. Trotz der ungünstigen Witterung war der Besuch erhellend, der gebotene Sport gut. Das Interesse, das der Schwimmsport bei den Besuchern fand, bewies die zahlreichen Unterzungen um den neu gegründeten Verein, so daß die nach dem Schauschwimmen abgehaltene Versammlung die Gründungsversammlung des „Arbeiter-Wasser-Sportverein Oberwalde“ wurde.

Die Resultate sind: Schwimmstrecke 100 m bei 1. Kreis Schwimmer Neukölln, 2. Berliner Schwimm-Union, 3. Brandenburgische Schwimm-Union, 4. Berliner Schwimm-Union, 5. Arb.-Schw. „Süd-Öst.“, 6. Brandenburgische Schwimm-Union, 7. Berliner Schwimm-Union, 8. Berliner Schwimm-Union, 9. Kreis Schwimmer Neukölln, 10. Kreis Schwimmer Neukölln, 11. Kreis Schwimmer Neukölln, 12. Kreis Schwimmer Neukölln, 13. Kreis Schwimmer Neukölln, 14. Kreis Schwimmer Neukölln, 15. Kreis Schwimmer Neukölln, 16. Kreis Schwimmer Neukölln, 17. Kreis Schwimmer Neukölln, 18. Kreis Schwimmer Neukölln, 19. Kreis Schwimmer Neukölln, 20. Kreis Schwimmer Neukölln.

Geschäftliche Mitteilungen.

Das heute veröffentlichte Nummernverzeichnis der Reichsanzeiger hat das 27. Heft der 27. Nummer, das 27. Juni 1921, die Preise und aufsuchend besetzt und gelten allgemein als Maß.

Beamtendebatte und Wohnungsabgabe

Der Reichstag ehrte am Dienstag zunächst das Andenken des verstorbenen Abg. Aderhold (l. Soz.) durch Erheben von den Bänken.

Präsident Löbe: Anlässlich des schweren Grubenunglücks auf der Zeche Mont Cenis

bei Herne sprechen wir schon jetzt den Angehörigen der Verunglückten unser herzlichstes Beileid aus und geben der Hoffnung Ausdruck, daß die Befürchtungen über eine noch größere Ausdehnung des Unglücks nicht zutreffen werden.

Vom Reichsminister des Innern ist ein Antrag auf Genehmigung zur

Strafverfolgung des Abg. van den Kerthoff (Dnat.) wegen Steuerhinterziehung

eingegangen. Abg. Schulz-Bromberg (Dnat.) beantragt, dem Antrage stattzugeben und die Immunität aufzuheben. Ueber die Angelegenheit ist hier schon so eingehend gesprochen worden, daß sich eine weitere Ausschussberatung erübrigt. — Die Abgg. Ledebour (l. Soz.) und Geyer (Komm.) fordern Ausschussberatung, Abg. Müller-Franken (Soz.) schließt sich dem Antrage Schulz-Bromberg an, der darauf gegen Unabhängige und Kommunisten angenommen wird.

Es folgen die Interpellationen Bruhn (Dnat.) und Stresemann (D. Sp.) sowie Anträge Dr. Petersen (Dem.), Müller-Franken (Soz.) und Agnes (l. Soz.), die alle die Regierung auf-fordern, die entgegen dem Beschluß des Reichstages vorgesehene

Ergänzungsprüfung für die Sekretäre beim Aufrücken aus Besoldungsgruppe VI nach VII weglassen zu lassen. Ein Antrag Agnes-Crispien (l. Soz.) will dasselbe.

Nach Beantwortung der Anfragen durch die Abgg. Laverrens (Dnat.) und Morah (D. Sp.) erklärt

Reichsfinanzminister Dr. Wirth: Der Reichspostminister wie auch ich haben von Anfang an den Standpunkt vertreten, daß das Aufrücken ohne jede Prüfung stattfinden. (Sehr wohl im Zentrum.) Es haben sich aber sofort von allen Seiten Schwierigkeiten erhoben, vor allem hinsichtlich der Durchführung. Man hat befürchtet, daß bei einem Verzicht auf die Prüfung eventuell die

strittigen Fragen der Besoldungsordnung angerollt werden. Diese Befürchtung hat die frühere Regierung veranlaßt, sich nicht der Meinung des Finanzministers, sondern der des Reichspostministers anzuschließen. Ich habe mich damals der Auffassung des Kabinetts gefügt. Die Regierung freudig hat feierlich festgelegt, daß von der Prüfung im Hinblick auf die erwähnte Befürchtung unter keinen Umständen abgegangen werden kann. (Lebhaftes Hört, hört! links.) Ich würde auch heute noch in diesem Sinne, denn es geht nicht an, daß von heute auf morgen eine derartige Verwaltungsmaßnahme einfach über den Haufen gemornt wird. Wir hätten die frühere Regierung zwar desavouieren können, wir haben es aber schließlich nicht getan. Das sollte auch in den Kreisen der Interpellanten respektiert werden. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Wir werden die Prüfung nicht aufheben, läten wir es, dann würden die Geprüften das als Ungerechtigkeit empfinden. Die

Interpellation kommt hinter den Tischnen meilenweit hinterher. Anders steht es mit der Forderung, daß die Beamten rückwirkend vom 1. April 1920 an in Oberstufenstellen übergeführt werden. Darüber werde ich mich mit Ihnen im Ausschuss gern unterhalten und sichere für die Beamten weitest Entgegenkommen zu. Die Kommissarität der Prüfung ist aber von einer Reichsregierung vertreten worden, zu der Ihre (zur Deutschen Volkspartei) Vertrauensmänner gehört haben. Auch hat sich durchaus nicht die gesamte Beamtenschaft gegen die Prüfung erklärt (wie Abg. Morah umgekehrt behauptet hatte, Red.). Diesem Standpunkt der früheren Regierung hat sich die jetzige Regierung angepaßt. Es findet also

keine Differenzierung nach Zivil- und Militärämtern statt, sondern nur nach früher abgelegten Prüfungen. Wir hoffen, daß es möglich ist, allmählich auf einer mittleren Linie einen Ausgleich zu finden, der von niemand als Unrecht empfunden wird. Pläne betr. Abschaffung des Berufsbeamtentums liegen mir fern. In keinem Reffort wird eine derartige Vorlage ausgearbeitet. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Schiele (Dnat.) beantragt Besprechung der Interpellation. Dafür erhebt sich die Rechte und ein geringer Teil der Kommunisten, so daß die erforderliche Unterstützung von 50 Mitgliedern knapp erreicht wird.

Präsident Löbe: Es ist ein Antrag Herzog (Dnat.) eingegangen, zu beschließen, daß die Erklärung des Reichsfinanzministers der Auffassung des Reichstages nicht entspricht. (Gelächter links.) Der Antrag muß von 30 Mitgliedern unterstützt werden. — Bei der Unterstützungsfrage erheben sich die Deutschnationalen, einzelne Abgeordnete der Deutschen Volkspartei, insgesamt 32 Abgeordnete, während die äußerste Linke trotz lebhafter Ermunterung von rechts sitzen bleibt.

Abg. Steinfopf (Soz.): Bei der Entscheidung über die Prüfungsfrage hätte man die Beamtengewerkschaften befragen müssen. Man hätte die Frage einem unparteiischen Schiedsgericht unterbreiten und dessen Schiedsspruch bedingungslos anerkennen sollen. In der Prüfungsfrage bin ich mit dem Reichsfinanzminister nicht ganz einig; ich hoffe aber, daß sich in der Kommission ein gangbarer Weg wird finden lassen. Jedenfalls darf deshalb in dieser Zeit zwischen Regierung und Reichstag kein ernstes Konflikt entstehen, das wäre auch nicht im Sinne der Beamten. Hoffentlich beweist die Regierung Entgegenkommen hinsichtlich der Rückzahlung von Bezügen an die Beamtenschaft, die vom 1. April 1920 ab zu beanspruchen sind. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Bräunig (l. Soz.): Die Beamtenfreundschaft der Rechten ist nur eine Komödie. Tatsächlich sind doch die Deutschnationalen an der Einführung der Ergänzungsprüfung schuld.

Abg. Dellus (Dem.): Der deutschnationale Abg. Schmidt hat sich neulich als Vater der Ergänzungsprüfung bekannt. Er braucht aber darauf nicht stolz zu sein. Das Verhalten der Reichsregierung gegenüber dem Beschluß des Reichstages hat bei den Beamten einen schlechten Eindruck gemacht.

Abg. Dr. Hoelle (3.): Beamtenbesoldungs- und Prüfungsfragen eignen sich nicht zu parteipolitischer Agitation, sie sind im Hauptausschuss zu erörtern. Wir begrüßen das Einkreten des Ministers für die Erhaltung des Berufsbeamtentums.

Abg. Pfeiffer (Komm.): Das Umstößen des Reichstagsbeschlusses durch die Regierung ist ein Verfassungsbruch, gegen den wir aufs schärfste protestieren.

Die namentliche Abstimmung über das von den Deutschnationalen eingebrachte Mißtrauensvotum findet auf Antrag Müller-Franken (Soz.) erst morgen statt. Die Anträge über die Ergänzungsprüfung gehen an den Hauptausschuss.

Das Abkommen zwischen Deutschland, Polen und Danzig über den freien Durchgangsverkehr nach Ostpreußen sowie der deutsch-polnische Amnestievertrag werden in zweiter und dritter Lesung angenommen, ebenso der deutsch-chinesische Friedensvertrag, das deutsch-französische Abkommen über die Erstattung der von Frankreich gebrachten außerordentlichen Kriegsabgaben und das Abkommen mit den alliierten Hauptmächten über einige Grenz-

abschnitte des Saargebietes. Das Reichsmietengesetz wird dem Wohnungsausschuss überwiesen.

Die

Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues. Es folgt die zweite Beratung eines Gesetzentwurfs über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues. Die Abgabe beträgt 5 Proz. des Mietwertes (Mietwertes), sie soll lediglich zur Förderung der Wohnungsbeschaffung und der Siedlung verwendet werden und sich nur auf Gebäude beziehen, die vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellt sind.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns:

Die Wohnungsabgabe ist das Ergebnis einer Wahl zwischen mehreren Lebens. Der Entwurf ist lediglich eine Folge des Mietgesetzes vom 12. 2. 21, in dem die Wohnungsabgabe bereits grundsätzlich enthalten war. Bei völliger Freigabe des Wohnungsmarktes hätten wir nur hohe Mieten, aber wenig Neubauten. Eine Sozialisierung des Wohnungswesens, welche die Neubauten mit allen Kosten beden soll, würde auch um Steigerung der Mieten nicht herumkommen. Der Mehrwert der Mieten muß aber nach der Befassung der Allgemeinheit zugeführt werden, und darum sollen die wegen der Geldentwertung

steigerungsfähigen Wohnungsmieten nicht dem Hausbesitz zufließen.

Weder die Hauseigentümer, noch die Mieter werden von der Abgabe zu hart betroffen, denn die Mieten sind im Vergleich zur Einkommenssteigerung sehr stark zurückgeblieben. Die leistungsschwachen Schichten werden durch den Härteparagrafen nach Möglichkeit von der Abgabe befreit. Zustimmung kann die Regierung dem sozialdemokratischen Antrag, der verhindern will, daß öffentliche Bauten in Privateigentum übergehen und daß sie durch Vermietung oder durch den Verkauf übermäßig ausgenutzt werden. Unannehmbar ist für uns der unabhängige Antrag, der Volks-, Gewerkschaftshäuser und dergl. von der Abgabe befreien will, da bei solchen Unternehmungen Privateigentum nicht ausgeschlossen ist. Ich hoffe, daß der Reichstag durch Annahme der Vorlage der Förderung der Bautätigkeit und der Minderung der Arbeitslosigkeit dienen wird. (Beifall.)

Abg. Gullnecht (Dnat.): Der Wohnungsnote kann nur durch Freigabe des Baurewesens wirksam entgegengetreten werden.

Abg. Silber Schmidt (Soz.):

Der Gesetzentwurf ist eine gerechte Folge der durch den Krieg entstandenen Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit. Der Privateigentum ist nicht mehr in stande, die Bautätigkeit weiter auszuüben. Der Staat muß helfen. Daraus ergibt sich, daß die Allgemeinheit an den Wohnungen ein Besitzrecht hat. Zu einer neuen Regelung der Instandhaltung der alten Wohnungen muß der Reichstag demnächst Stellung nehmen. Wir werden die Mittel für das Baujahr 1921 bewilligen. Würden wir die jetzige Zwangswirtschaft ohne Kompensationen aufheben, so würden die Mietpreise der alten Wohnungen die Höhe der neuen erreichen. Reichsrat und die preussische Regierung haben diesen Gesetzentwurf bekämpft. Das ist für die deutsche Mieterschaft sehr gefährlich, denn die Regelung der Wohnungsfrage betrifft das ganze Volk. Seine geistige Entwicklung leidet unter diesem Druck. Würde man den verschiedenen Ländern die Regelung der Wohnungsfrage überlassen, so würden sicherlich zu enge Grenzen gezogen werden. Der Reichstag muß beweisen, daß er nicht gewillt ist, sich in dieser Frage auszuscheiden zu lassen. Wenn wir Sozialdemokraten dem Gesetzentwurf zustimmen, so lassen wir uns davon leiten, daß erstens mal die Wohnungs- und Arbeitslosen so lange nicht warten können, bis der Reichstag unsere Vorschläge zustimmt; weiter meinen wir, daß eine Ablehnung dieses Gesetzentwurfs eine Erleichterung für die deutsche Mieterschaft nicht bringen, sondern im Gegenteil den Wohnungsmangel noch steigern, die Laiten der Mieter vergrößern und dadurch die Zwangswirtschaft vollkommen zusammenbrechen lassen würde. Jedenfalls ist aber dieser Gesetzentwurf auch von dem sozialen Gedanken durchweht, daß der Mehrwertzuwachs der Allgemeinheit zugute kommt. Als Bedingung für unsere Zustimmung fordern wir die Annahme unseres Antrages Müller-Franken, die Bauten verbleibend im Eigentum öffentlich-rechtlicher oder gemeinnütziger Stellen. Wenn Sie die Wohnungswirtschaft freigeben und dadurch die schrankenlose Steigerung der Mieten verschulden, so machen Sie die stärkste Propaganda für die Sozialisierung der Wohnungen. Für den Antrag Agnes (l. Soz.) werden wir ebenfalls stimmen. Die Steigerung der Mieten darf nur soweit erfolgen, als sie durch die für das Haus gemachten Aufwendungen gerechtfertigt ist. Die Konkurrenz neuer Betriebe, insbesondere von Baugenossenschaften, hat überall ein beträchtliches Sinken der Baukosten zur Folge gehabt. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Marek (D. Sp.): Eine Verringerung der Wohnungsnot ist nur durch Behebung privater Bautätigkeit möglich.

Abg. Kuhnt (l. Soz.): Bei der Begründung der Vorlage war von der

Not der Obdachlosen

mit keinem Wort die Rede. Der Entwurf soll die kapitalistische Wirtschaftsordnung schützen. Angesichts des Wohnungslebens wagt es die Rechte, das Bauen von Fünf- und Sechszimmerwohnungen anstatt Kleinwohnungen zu verlangen. Wir lehnen daher den Gesetzentwurf ab und wünschen eine strenge Rationierung des Wohnungswesens.

Abg. Heydemann (Komm.): Wir lehnen den Entwurf jedenfalls grundsätzlich ab, weil er die Wohnungsnot doch nicht lindert.

Abg. Frau Lang-Baumann (D. Sp.): Durch einen Zuschlag zur Einkommensteuer wäre eine soziale Abflusung herbeigeführt worden.

Abg. Bahr (Dem.): Die Sozialisierung des Wohnungswesens ist unmöglich. Das Gesetz ist doch ein Fortschritt. (Beifall.)

§ 1 wird angenommen. Abgelehnt werden die unabhängigen und sozialdemokratischen Anträge. Danach werden auch die übrigen Paragraphen angenommen.

Mittwoch 1 Uhr: Interpellation Trimbom (3.) über das Grubenunglück bei Herne, Kleine Vorlagen, namentliche Abstimmung über das deutschnationale Mißtrauensvotum, Dritte Sitzung der Wohnungsabgabe.

Schluß 8 Uhr.

Wirtschaft

Rückzahlung der Sanktions-Abgaben.

Im Reparationsausschuss des Reichswirtschaftsrats führte am 21. Juni der Vertreter des Reichsfinanzministeriums aus, daß es nicht möglich sei, die deutschen Exporteure auf ihr Geld warten zu lassen, bis die Liste der Gütschriften, die allein eine völlig genügende Kontrolle bilden würde, von den beschlagnehmenden Ländern eingehet, die Einreichung der Quittung, die die gegnerische Zählstelle bei der Beschlagnahme ausstellt, soll als Unterlage für die Rückzahlung der Zahlungen genügen. Nur bei Verdachtsmomenten soll die Vorlegung weiterer Unterlagen gefordert werden. Als Zählstelle ist die Friedensvertrags-Abrechnungsstelle in Berlin vorgesehen, die in stande zu sein glaubt, Anträge, die bis 12 Uhr mittags eingereicht werden, noch am gleichen Tage zu erledigen. Die Zahlung soll nicht

in bar, sondern durch Postgiro- oder Banküberweisung erfolgen, und zwar in Reichsmark. Eine derartige Regelung ist bisher nur für Lieferungen nach England vorgeesehen, da nur dort bisher Abgaben wirklich erhoben worden bzw. Quittungsscheine in unsere Hände gelangt sind. Als Stichtag für die Umrechnung der Pfundbeträge der englischen Quittungen in deutsche Reichsmark ist der Tag vorgeesehen, an dem die englische Zollstelle über den beschlaggenommenen Betrag quittiert hat. Bei deutschen Fakturen, die auf Mark lauten, besteht vorläufig die Schwierigkeit, daß die englische Quittung nur den in England zum Tageskurs umgerechneten Pfundbetrag enthält, nicht aber den Markbetrag, aus dem er errechnet ist. Es werden Verhandlungen mit der englischen Regierung gepflogen, damit auf den Quittungen künftig auch der Markbetrag angegeben wird. Von Jugoslawien, das gleichfalls die Abgabe erhebt, sind bisher keine Quittungsscheine präsentiert worden.

Ueber die Wirkungen der Sanktionen wird der Berliner Nachrichten-Zentrale aus dem Rheinischen Industriegebiet gemeldet: Trotz der Anerkennung der Forderungen der Entente durch die deutsche Regierung wird die Zolllinie am Rhein weiter aufrechterhalten. Ihre das gewerbliche Leben des rheinisch-westfälischen Industriebezirks zerstörenden Wirkungen machen sich immer fühlbarer. Arbeiterentlassungen und Arbeitsstrockungen mehren sich. Allein in der Hütten- und Maschinenbauindustrie Düsseldorf sind monatlich nicht weniger als 150 000 bis 200 000 Ausfallstunden zu verzeichnen, was einer Verdienstminderung von weit über eine Million Mark für die Arbeiter entspricht. In anderen Industrien liegen die Dinge ähnlich oder noch schlimmer. Die Lage ist außerordentlich ernst, und sie wird sich allem Anschein nach weiter verschärfen, wenn die Sanktionen nicht alsbald aufgehoben werden. Die Entente trifft aber noch nicht die geringsten Anstalten hierzu; sie will offenbar die Arbeiter eines Bezirks, in dem bisher noch leidlich gearbeitet werden konnte, im größten Umfange zur Arbeitslosigkeit verurteilen.

Die Kosten der Lebenshaltung in England.

Der Parlamentarische Ausschuss des Gewerkschaftsbundes, die Labour Party und der Genossenschaftsverband haben einen Untersuchungsausschuss über die Kosten der Lebenshaltung eingesetzt, der auf der Grundlage der wöchentlichen Ausgabe einer Durchschnittsfamilie feststellen sollte, wie sich in England die allgemeinen Ausgaben verändert haben. Dabei hat sich ergeben, daß die vom Arbeitsministerium veröffentlichten Indizes für zu niedrig sind. Diese geben die momentanen Kosten der Lebenshaltung mit 128 Proz. über dem Friedensstand an, während der Ausschuss 178 Proz. über 1914 errechnet. Die Regierungsschleife hat durch ihre Methode berechnet, daß seit September vorigen Jahres die Index-Aiffer für lebenswichtige Artikel um 83 Punkte, der Ausschuss dagegen, daß sie nur um 11 Punkte gefallen ist. Nach diesen Berechnungen müßte ein Arbeiter, der 1914 25 Schilling verdiente, im September 1920 72 Schilling 8 Pence bekommen (nicht wie das Arbeitsministerium berechnet 65 Schilling 3 Pence), um ebenso gut leben zu können. Diese Unterzahlung hat darum mehr als rein theoretischen Wert, weil nach Schätzung des Arbeitsministers vom 9. März in England über 1 1/2 Millionen Arbeiter im Verhältnis zur Bewegung der Indexziffern entlohnt werden.

(Ein Vergleich dieser Ausgaben mit Berechnungen der deutschen Indexziffer, wie sie heute verschiedentlich verübt werden, ist nicht möglich, da die Grundlagen der Berechnungen verschiedene sind. — Allerdings ist ersichtlich, daß die Teuerung in Deutschland unermesslich größer ist als in England.)

Der Deutsche Landwirtschaftsrat gegen Zwangshypotheken. Der Deutsche Landwirtschaftsrat erhob in seiner Dresdener Plenarversammlung auf Antrag des Vorsitzenden, Ober von Braun, schärfsten Einspruch gegen den Plan, die Mittel zu den Reparationsleistungen durch Auferlegung einer Zwangshypothek auf allen landwirtschaftlichen Besitz aufzubringen, der dazu führen würde, daß die Erzeugung auf das schwerste beeinträchtigt und die wertvollsten Teile des deutschen Grund und Bodens dem ausländischen Kapital ausgeliefert werden. Der Deutsche Landwirtschaftsrat ruft deshalb alle landwirtschaftlichen Organisationen zum geschlossenen einheitlichen Kampf gegen diese verderblichen Pläne der Regierung auf. — Ueber die Zukunftsaufgaben der deutschen Landwirtschaft sprach der Direktor der Bayerischen Landesbauernkammer, Dr. Horlacher. Er forderte die Festsetzung der Höchstpreise für das Alltagsgetreide auf Grund der tatsächlichen Produktionskosten und Bekämpfung der Zwangswirtschaft und das Umlagenerfahren als unmoralisch. — Es ist allerdings sehr bequeme, das „unmoralisch“ zu nennen, was einem nicht in den Kram paßt.

Zusammentritt der Kommission zur Prüfung der Druckpapierpreise. (Z.) Die auf Grund eines Reichstagsbeschlusses aus Mitgliedern des Reichstages, Reichsrates und Reichswirtschaftsrates, sowie aus Vertretern des Zeitungverlages und der Druckpapierindustrie paritätisch zusammengesetzte Kommission zur Prüfung der Druckpapierpreise trat unter Vorsitz des Staatssekretärs Dr. Pirich im Reichswirtschaftsministerium zusammen. Nach eingehender Aussprache über die Ergebnisse zahlreicher vom Reichswirtschaftsministerium vorgenommener Prüfungen der Geklebungskosten wurde beschloffen, in einem Unterabteilung die Grundzüge der Preisprüfung an Hand der vorliegenden ziffernmäßigen Unterlagen im einzelnen zu erörtern und das Ergebnis in einer auf den 27. d. M. anberaumten Sitzung dem Gesamtausschuss vorzulegen.

Reichswirtschaftsministerium und Konsumvereine. In der gemeinsamen Sitzung des Vorstandes, des Ausschusses und des Generalsekretärs des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, die dem Genossenschaftstag in Baden-Baden vorausging, hielt Staatssekretär Dr. Pirich vom Reichswirtschaftsministerium eine Ansprache, in der er das große Interesse und die großen Hoffnungen betonte, die Regierung und Ministerium an die Mitarbeit der Konsumvereine bei der Erhaltung unseres Wirtschaftslebens knüpfen. Es bedürfe äußerster Anspannung aller Kräfte zur Erzielung des Höchstmaßes an Leistung, Organisation und Arbeitsfähigkeit in der Produktion und der größten wirtschaftlichen Wirksamkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit im Warenabgabe. Dieses Ziel haben die Konsumentenorganisationen von jeher verfolgt wie das Ergebnis zeugt, mit großem Erfolge. Der Standpunkt der Konsumvereine zur Zwangswirtschaft habe sich als der richtige erwiesen; ihre Auffassung werde beim Aufbau der Wirtschaft die Richtung geben. Sie hätten keine Vorrechte, sondern nur Bewegungsfreiheit gefordert. Das sei ihnen hoch anzuerkennen. Das Ministerium werde die Forderungen der Konsumgenossenschaften möglichst restlos zu erfüllen trachten. Er bitte sie, alles zu tun, um die Durcharbeitung der Warenverteilungsvororganisation zum höchsten Grad der Vollendung zu bringen. Das Reich rechne auf diese Hilfe bewährter Kräfte.

Hoover gegen die Reparationskommission. Nach einem Fund-spruch aus Washington erklärte der Handelsminister Hoover, das Vorgehen der Reparationskommission, die Zahlung der gegenwärtigen Rate der deutschen Entschädigungszahlung in amerikanischen Dollars zu verlangen, habe einen schärferen Rückgang an der Börse verursacht und eine Schädigung des Handels zur Folge gehabt. Hoover forderte, daß die Kommission eine derartige Politik nicht weiter verfolge und regte an, die Kommission möge die Rate der Entschädigungszahlungen entweder in alliierter Währung festsetzen oder der Ankauf von Dollars möge über eine beträchtliche Zeitspanne ausgedehnt werden.

Die üblen Folgen eines „hastigen“ Einkaufs von Dollars, den Rathenau in seiner Rede vor dem Reichswirtschaftsrat rügte, machen sich demnach auch in Amerika unliebsam bemerkbar.

Aus aller Welt.

Raus aus Mex! Der ehemalige Gouverneur von Mex, General von Ober, einer von den 45 Kriegsschuldigen, deren Fälle dem Reichsgericht überwiesen sind, wollte in Kaiserslautern einen Vortrag halten. Die Rheinlandkommission verbot die Versammlung und verfügte die unverzügliche Ausweisung von Ober aus der Pfalz.

Handels-U-Boot „Deutschland“ versenkt! Das frühere deutsche Handelsunterseeboot „Deutschland“, das 1916 in Baltimore eingelaufen ist, wurde auf der Höhe der Virginia-Capes als Zielscheibe benutzt und ist dabei in Grund geholt worden. Ein anderes ehemaliges deutsches U-Boot, „U. 3“, das gleichfalls als Zielscheibe gebraucht wurde, nahm soviel Wasser auf, daß es auf die Seite ge-

legt werden mußte. Es liegt teils über, teils unter Wasser. Die Versuche, es durch Pumpen wieder flott zu machen, sind vorläufig fehlergeblieben. — Die Vernichtung des Handels-U-Bootes „Deutschland“ ist eine Schmach für diese „Friedenszeit“.

Janischnee im Riesengebirge. Das Riesengebirge war Dienstag früh bis auf 900 Meter herab völlig verschneit.

Polnische Toleranz. In der „Germania“ gibt Reichstagsabgeordneter Dr. Herchel folgende Episode aus Oberschlesien wieder: „Beim Angriff auf Loslau war dem polnischen Insurgentenführer Michalski das Pferd unter dem Reibe erschossen worden. Er befahl, daß sein Streitross auf dem jüdischen Reichenwagen feierlich bestattet werde und daß die jüdischen Bürger es zu begleiten hätten, als die Stadt von den Auführern genommen war.“

Das ist eine von Zeugen eidlich erhärtete wahre Begebenheit.“ — Das Geschrei in Paris möchten wir hören, wenn katholischen Polen so etwas von evangelischen oder griechisch-orthodoxen Nachbarn geschähe!

Französische Schiffsartillerieübungen. Im Kriegshafen Orient haben Artillerieübungen der französischen Flotte begonnen, wobei der ausgelieferte deutsche Kreuzer „Thüringen“ als Ziel dient. Die „Thüringen“ ist in Cherbourg und Brest alles brauchbaren Materials entleert und für die Benutzung als Schießscheibe hergerichtet worden. Es handelt sich bei den erwähnten Schießübungen um ein Wirkungsschießen auf Entfernungen bis zu 12 000 Meter, wozu die Erprobung von Granaten, die die Türme der Kriegsschiffe in Brand setzen sollen. — Ehemals deutsche U-Boote dienen als Ziele für Bombenwerfer. Man sieht, Frankreich rüftet fräftigst ab.

Warnung!

Persil-Fälschung

Wir haben festgestellt,
daß Persil-Fälschungen in täuschend ähnlichen Paketen mit wertlosem Inhalt im Verkehr sind, daher zu billigen Preisen angeboten werden können, wie es besonders im Straßen- und Markthandel in die Erscheinung getreten ist. Die Fälscher sind ermittelt und die Beschlagnahmungen im Gange.

Wir warnen die Händlerschaft
vor diesen Fälschungen, da sich jeder durch den Verkauf solcher Ware großen Unannehmlichkeiten aussetzt.

Wir empfehlen den Hausfrauen,
um vor Fälschungen und Schaden geschützt zu sein, PERSIL nur in den einschlägigen Geschäften zu kaufen.

Der Preis für ein Paket echtes Persil beträgt nach wie vor M. 4.-

Henkel & Cie., Düsseldorf

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltungssitz Berlin X/4, Lindenstr. 83-85
Geschäftst. von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
Telephon: Amt Köpenick 128, 129, 130, 131

Branchenversammlung der Zigarettenmaschinenführer und Betriebshandwerker
Tagesordnung: 1. Bericht und Stellungnahme zum Zeitabschluß. 2. Branchenanliegenheiten. 3. Betriebsangelegenheiten und Beschäftigung. Die Ortsverwaltung.

Neu! Dr. Rawitzkis Neu!
Bruchband ohne Feder
D. R.-G.-M. a.

Hält jeden Bruch zurück. Preis von 40 M. an
Zu haben nur vom Fabrikanten
Berlin NO 55
Fr. Pelz, Bandagist Danziger Str. 48, I

Wegen dringenden Bedarfs zahlen wir für
Gold
3 kr. per Gr. 12.- M. Preis
14 „ „ „ 22.- „ „
18 „ „ „ 24.- „ „
22 „ „ „ 35.50 „ „

Platin per Gramm 130.- M.
Silber per Gramm von 0,70 M. aufwärts
Brillanten, Broschen, Ringe, Uhren, Ketten, alte
Münzen und alte Zahngebisse.
Schlage jeden Rekord.
C. Maulhardt & Co., Schwedter Str. 12
und Kochstr. 19 im Laden.

Hotelbetriebs-Aktiengesellschaft
Conrad Uhl's Hotel, Bristol, Centralhotel

Aktiva	Bilanz per 31. März 1921	Passiva	
Grundstück Bristol	8.500.000	Aktienkapital	9.500.000
Gebäude Bristol	2.800.000	Vorz.-Aktienkapital	2.800.000
Hot. Bellevue	4.120.000	Reservefonds	3.679.679
Kranzier	970.000	Hyp.-Schuld.	3.199.000
Inventar	1	Voraus Miet.	101.299
Maschinenanlagen	1	Nicht abgeh.	
Beteiligungen	1.100.000	Dividenden	63.030
Vorausbez.		Steuernres.	901.374
Prämien	455.006	Kreditoren	13.605.094
Kassa	186.027	Mietsausgl.	962.952
Effekten	166.695	Graufikat. an	
Debitoren	5.640.353	Angest. und	
Warenvorräte	13.388.057	Arbeiter	1.000.000
		Gew. u. Verl.	1.644.336
	37.416.767		46

Die Dividenden für 1920/21 (5% auf die Vorzugsaktien und 15% auf die Stammaktien) gelangen sofort bei den Herren Braun & Co., Berlin, Eichhornstr. 11, der Deutschen Bank, den Herren Koppel & Co., Bankgeschäft, Berlin, Pariser Platz 6, und Herrn Abraham Schlesinger, Berlin, Mittelstr. 2/4, zur Auszahlung.

Großer Preis-Nachlaß! Damenbinden, 50 St. 5. 90 St. 8.50 St. 120 St. 12.50 St. 150 St. 15.00 St. 200 St. 18.00 St. 250 St. 20.00 St. 300 St. 22.00 St. 350 St. 24.00 St. 400 St. 26.00 St. 450 St. 28.00 St. 500 St. 30.00 St. 550 St. 32.00 St. 600 St. 34.00 St. 650 St. 36.00 St. 700 St. 38.00 St. 750 St. 40.00 St. 800 St. 42.00 St. 850 St. 44.00 St. 900 St. 46.00 St. 950 St. 48.00 St. 1000 St. 50.00 St.

BAD HOMBURG

GESUNDHEIT, SPORT, GESELLSCHAFT

Ritters Parkhotel • Kurpark-Sanatorium
Viktoria-Hotel • Sanatorium Dr. Baumstark
Metropol-Hotel • Deutscher Hof (Hotel Bellevue)
Hotel Kaiserhof • Prospekt durch die städt. Kurverwaltung
Savoy-Hotel • Hotel Minerva
Hotel Braunschweig
Villa Nova

17-stündl. elektr. Bahnanbindung Frankfurt-Bad Homburg • Für Ausländer kein Valuta-Zusch.

Besucht
Brunshaupten, Arendsee
die beiden bekannten Ostseebäder Mecklenburgs!
Prospekte durch die beiden Badeverwaltungen getrennt.

Heinrich Schulz:
Sozialdemokratie und Schule
Hft. 3,50

Dr. Otto Baumert:
Der Volksschüler im Volksstaat
Hft. 1,20

Dr. Richard Schumann:
Die Arbeit im Elternbeirat
Hft. 1,50

Heinrich Schaller:
Die weltliche Schule
Hft. 1,50

Dr. Max Spel:
Die Volksschule als Einheitschule
Hft. 1,25

20% Sahlfas
Buchh. Vorwärts
Lindenstr. 2

Ausverkauf

Der in der Saison verbliebenen Bestände zu sehr erheblich herabgesetzten Preisen. Das nachstehende Angebot hat bis Sonnabend, den 23., Gültigkeit und ist freibleibend; weitere Ausverkaufs-Angebote vorbehalten.

Jackett-Anzüge in guten Qual. u. bester Verarbeitung. Jetzt M. 575 750 850 450 225

Sport-Anzüge aus Leinenstoff, gemustertem Cheviot, Homespun und Manchester. Jetzt M. 800 650 450 400

Sommer-Paletots aus maroquin Cheviot oder Covercoat. Jetzt M. 750 600 450

Schleifer und Raglans aus Leinen, aus Homespun und gemustertem Cheviot. Jetzt M. 750 650 550

Gummil-Mäntel in vielen guten Qualitäten und Farben. Jetzt M. 650 575 430 375 290

Bozener Mäntel aus Strichleinen, in praktischen Farben. Jetzt M. 350 190

Pelerinen für Herren und Damen, sehr gute Ware. Jetzt M. 375 225 180

Winter-Ülster in großer Auswahl. Jetzt M. 800 425 350 285 90 65

Winter-Joppen mit schwarzem Futter M. 125

Stoff-Litewken, grau und feilgrau, halb gefüttert, sehr kleidsam. M. 42 39

Stoffwesten für Herren. M. 25 30 16

Hosen, gestr., größtenteils mit Herstellungspreis. Jetzt M. 200 170 120 90 55 44

Weisse Hosen, lang, zum Turnen und Sport von. M. 65 an

Sport-Hemden aus feinem, waschbarem Stoff, kleinste Größe. M. 32

Herrensporttrage, Gr. 38-39 M. 1.90 2.50

Herren-Oberhemden, weiß, mit Fältchen, doppelt Brust, Größe 39/42. M. 59

Sport-Hosen aus gutem Stoff, Brauchform von. M. 95 an

Sport-Gürtel, Kordleder, 3 cm breit, mit amerikanischer Schnalle, in verschiedenen Farben. M. 29

Sport-Strümpfe aus Wolla, mit gemusterten Enden. M. 17

File- und Sportstrümpfe in modernen Farben und Fassons. M. 27

Anzugstoffe in modernen, sehr haltbaren Qualitäten, 140 cm breit, Serie I M. 22.50, Serie II M. 25, Serie III M. 29, Serie IV M. 33, Serie V M. 45, Serie VI M. 68.

Marine-Sweater, blau, für Jünglinge, in hervorragender Beschaffenheit, von M. 17 an

Barchen-Anzüge, Sport- und Jackettform. Jetzt M. 300 270 220 195 140 100

Jünglings-Anzüge in großer Auswahl, jetzt nur M. 400 370 300 270 225 82

Jünglings-Ülster, anfangend mit. M. 160

Bozener Mäntel für Knaben und Mädchen von. M. 110 an

Loden-Pelerinen für Knaben und Mädchen von. M. 70 an

Knaben-Anzüge in Blauen, Schleifer- und anderen Formen, aus vorzüglichen Stoffen, jetzt M. 225 180 110 80 60 20

Knaben-Ülster von M. 15 an

Ströhbrüte für Kinder. M. 7.50

Weißer Batist, 100 cm breites feinstes Gewebe, für Damenhemden und Blusen geeignet, das Meter. M. 3.90

Hemdstock, Friesenqualität, 80 cm Breite, in Schuh- und Kattfäden gleichmäßig gewebte gute Qualität, das Meter. M. 10.50

Halbleinen, 120 cm breites, glattes, sehr haltbares Friesengewebe, das Meter M. 34

Damenhemden aus feinem und sehr elastischem Trikotgewebe, sehr lang und mit Aermeln. M. 17

Damenhemden aus weissen Hemdentuch, in guter Friesenqualität. M. 25

Damen-Schlupfhosen in schönen Farben, gute Qualität. M. 13

Schwere Schlafdecken 165 x 100 groß, von. M. 25 an

Steppbrüte in eleganten, sehr kleidsamen Mustern. M. 27

Ströhbrüte braun. M. 15

Hosenträger, gut, Gummiband, m. Led. M. 6.50

Leonor Töfn

nur Berlin, Chausseestraße 29-30

Inseriere im Vorwärts

Großer Erfolg!

Inseraten - Annahme in der Hauptexpedition Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, sowie in sämtlichen Geschäftsstellen der Zeitungs-Zentrale (L. Z.)

Wer den **Kapitän-Kautabak** einmal versucht hat, wird wegen seines eigenartig feinen Geschmacks stets ein treuer Kunde bleiben. Man verlange überall echten Kapitän-Kautabak in den Geschäften. Carl Rüdiger, Berlin, Lichtenberger Str. 22. (Kgst. 366.)

Bad Salzbrunn

salzesten
Katarhe
Asthma * Grippe
Nieren * * * * Blase
Gicht * Zucker * Steine

Stinnes Neu!
und seine 60000 Arbeiter
Von Kurt Heilig
Eine überaus interessante Schrift, die Hugo Stinnes Herkunft u. Aufstieg schildert, sowie seine ganze ungeheuerliche Macht, seine Beteiligungen, Einflüsse und Operationen auf Grund eines reichen unverlässigen Materials kritisch aufdeckt.
Preis 2,50 Mark
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW 68, Lindenstraße 2

Entfettungs-Tabletten
Watte „Sibaja“
das erfolgreichste und unschädlichste Mittel gegen Fettflechte.
Ohne Diätzwang.
Gewichtnahme bei angedeinstem Wohlbehagen.
Pelikan-Apotheke, Berlin, Leipziger Str. 63
an der Charlottenbr.

Geschlechtsleiden
Harnröhrenleiden, frisch und speziell veraltet, Syphilis behandelt ohne Berufsstörung.
Dr. med. Dammanns Mellanstadt
Berlin M 3, Potsdamer Straße 123 B.
Sprechstunden: 9 bis 11, 1 bis 4, Sonntags 10 bis 11.
Belegt Brosch. mit zahlr. Dankschr. u. Angabe bewährter Heilmittel ohne Quecksilber u. andere Mittel gegen M. L. - diskret in verschl. Doppelbriefe ohne Absender. Leiden genau angeben.

Ringeisen jeder Art:
Rund, Flach, Quadrat u. Bandisen,
Gas-Ziehröhre, T-Träger u. U-Eisen,
Feilschmieden und Ambosse
sodort ab Lager lieferbar
Felix Kohls, Berlin C. 25, Dirksenstr. 12,
Worringplatz 12072. Ede Voltairerstraße, Worringplatz 12073.

Stegerwalds Wandlungen.

Genosse Franz Krüger gibt in einer parteigenössischen Korrespondenz folgende Darstellung der mit Herrn Stegerwald um die Umbildung der preußischen Regierung geführten Verhandlungen:

Genosse Wels hatte bei den Verhandlungen im Reichstage über die Bildung der neuen Regierung den Vertretern des Zentrums und der Demokraten erklärt, daß nach Auffassung der sozialdemokratischen Fraktion ihr Eintritt in die Reichsregierung auch eine Neubildung der preußischen Regierung zur Folge haben müsse. Herr Trimborn (vom Zentrum) erwiderte, das halte auch er für selbstverständlich. Als Herr Stegerwald noch am Abend im Reichstage von Wels vor dieselbe Frage gestellt wurde, erklärte er, daß er die gleiche Anschauung vertritt.

Am nächsten Tage beauftragte die sozialdemokratische Landtagsfraktion, von diesen Versprechungen informiert, die Genossen Wels, Siering und mich, sofort mit Herrn Stegerwald in weitere Verhandlungen einzutreten, da nach unserer Auffassung die Neubildung der Regierung sofort, noch vor der Pfingstvertagung des Landtags, vorgenommen werden müsse. Herr Stegerwald bestätigte darauf die einleitenden Bemerkungen des Genossen Wels, daß er die Neubildung der Regierung für unbedingt notwendig halte. Die Sozialdemokratie habe Anspruch darauf, nachdem sie in schwerster Stunde die Mitverantwortung im Reiche übernommen habe, von ihm genau so anständig behandelt zu werden, als er geglaubt habe, die Deutsche Volkspartei behandeln zu müssen, solange sie in der Reichsregierung sei. Man könne nicht verlangen, daß die Sozialdemokratie im Reiche die schwere Verantwortung trage und im größten Verwaltungsstaat Preußen ausgeschaltet bleibe. Er habe auch gegenüber einigen Herren im Zentrum, die die Auffassung vertraten, daß es in Preußen vorläufig ruhig so weitergehen könne, sofort betont, daß er das nicht mitmache.

Herr Stegerwald erklärte weiter, daß er allerdings, da er zuletzt mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokraten gewählt sei, in sein jetziges Ministerium nicht einfach die Sozialdemokratie aufnehmen könne. Er müsse daher zunächst zurücktreten, und die Parteien, die die neue Regierung bilden wollen, müßten sich auf einen neuen Ministerpräsidenten verständigen. Er halte es auch für zweckmäßig, daß diese Verständigung bereits vor seinem Rücktritt herbeigeführt werde, um die erneute Wiederkehr des unerfreulichen Schwebzustandes zu vermeiden. Bei diesen neuen Verhandlungen könne nicht er, sondern müßten die Parteien die Initiative ergreifen. Da er ja gar nicht wisse, ob er Ministerpräsident bleibe. Bleibe er es nicht, so würde er an der neuen Regierung überhaupt nicht teilnehmen. Er müsse sich überhaupt sehr überlegen, ob er noch weiter Minister bleibe, da seine Gewerkschaften ihm bereits lebhaftes Vorwürfe machten, daß er sein früheres Versprechen, wieder in ihre Zeitung zurückzukehren, nicht eingelöst habe.

Unser Verlangen, die Regierungsneubildung noch vor den Pfingstferien vorzunehmen, hielt Herr Stegerwald nicht für durchführbar, da die Zeit zu kurz sei und bei Zentrum und Demokraten auch führende Personen, die für die Verhandlungen unentbehrlich seien, nicht mehr anwesend seien. Diese Ueberstürzung sei auch nicht notwendig, da er ja seinen Standpunkt, daß sofort nach den Pfingstferien die Verhandlungen zwischen den Parteien aufgenommen werden müßten, auch bereits in einer Erklärung an die Presse niedergelegt habe. An seinem Standpunkt ändere sich also nichts mehr. Und der Landtag habe es ja in der Hand, die Ferien nicht zu lange auszudehnen.

Wir gaben uns mit diesen Erklärungen des Herrn Stegerwald zunächst zufrieden, da aus ihnen ganz deutlich hervorging, daß Herr Stegerwald zwar nicht die Leitung der Verhandlungen zwischen den Parteien über die Regierungsneubildung übernehmen wollte, daß er aber damals auch nicht gewillt war, den bisherigen Zustand aufrechtzuerhalten und ohne Teilnahme der Sozialdemokratie an der Regierung Ministerpräsident zu bleiben.

Nach den Pfingstferien des Landtags hat Herr Stegerwald, je mehr er sich über diese Frage geäußert hat, sich auch immer mehr zum gegenteiligen Standpunkt durchgemauert. Seine letzten Reden und Interviews waren geradezu eine Aufforderung an Zentrum und Demokraten, sich auf keine Verhandlungen über eine Neubildung der preußischen Regierung unter Beteiligung der Sozialdemokratie einzulassen und mindestens von der Forderung nicht abzugehen, daß auch die Deutsche Volkspartei hinzugezogen werde. Er ist ja bereit, „aus Trost“ Minister zu bleiben, solange es ihm — und den Deutschnationalen beliebt. Wenn Herr Stegerwald in seinem letzten Interview in der „Germania“ erklärt, daß die nächsten Aufgaben der preußischen Politik nicht gelöst werden können gegen den Widerstand der vereinigten Rechtsparteien, so bedeutet das nichts anderes, als Herr Stegerwald glaubt, zwar ohne Sozialdemokratie, aber nicht ohne Rechtsparteien regieren zu können, und daß er seine Politik auch tatsächlich hierauf einstellen will. Herr Stegerwald verleugnet also offen die Anschauungen, die er damals uns gegenüber vertreten hat, und die Versprechungen, die er uns gab.

Herr Stegerwald stand also vor Pfingsten ungefähr bei Witz. Jetzt ist er in seiner Entwicklung auf halbem Wege zu Rahr. Mit seiner Behauptung, gegen die Rechtsparteien nichts ausrichten zu können, hat er sich dieser ganz in die Hände gegeben. Es versteht sich von selbst, daß eine Regierung, die ihre Abhängigkeit von den Rechtsparteien bekennt, bei der Sozialdemokratie auf schärfsten Widerstand stoßen muß.

Die Schulden Friedrich Leopolds.

Seit der Revolution 20 Millionen durchgebracht!

Zwischen der preußischen Regierung Stegerwald und dem Prinzen Friedrich Leopold ist laut „D. A.“ ein Vergleichsvertrag zustande gekommen, wonach die Regierung sich verpflichtet hat, als Vorschuß auf die Einnahme der von ihr beschlagnahmten Liegenschaften des Prinzen sämtliche Schulden des Prinzen, die dieser in Lugano gemacht hat, zu begleichen. Ausgenommen sind zwei Beträge von je 200 000 Frank, die als erste Hypotheken auf den beiden Villen stehen bleiben, die sich der notleidende Mann aus dem Hohenzollernhaus hat bauen lassen. Der bar zu zahlende Rest beträgt 1 400 000 Schweizer Franken. Mit den beiden obgenannten Beträgen betragen die Gesamtschulden Friedrich Leopolds 1 800 000 Schweizer Franken, das sind nach dem jetzigen Kursstande nahezu 20 Millionen Mark.

Dieses kleine Schuldensummen ist seit der Revolution angesammelt worden. Ein Zeichen, in welche Notlage die Hohenzollern durch die Revolution verlegt worden sind und mit welcher Parteilichkeit die Einsachheit sie ihre Not ertragen. Während nach dem Zeugnis der rechtsstehenden Presse die deutschen Arbeiter prassen und schreien, hat sich Friedrich Leopold durch Hunger und Entbehrungen 20 Millionen Schulden „erpart“. Hut ab vor den Hohenzollern!

Prozente von der Einheitsfront.

Eine kleine Anfrage des Landtagsabgeordneten Gen. Krüger an die preussische Staatsregierung macht auf folgendes Institut aufmerksam:

In Berlin, Wendlerstraße 16, besteht ein Bureau mit der Firma „Nationale Einheitsfront“. In dessen Auftrag bereitet ein Mann namens Donner das Land, um Mitglieder und namentlich Geld zu sammeln. Donner hat die vertragliche Zusicherung, daß ein erheblicher Prozentsatz des gesammelten Geldes ihm als Provision verbleibt. Anderen Organisationen hat sich Donner früher gegen eine 50 prozentige Provision von den gesammelten Geldern angeboten.

Soweit uns bekannt ist, hat Herr Donner, bevor er den (finanziellen) Wert der nationalen Einheitsfront entdeckte, in Kriegsbeschädigten spekuliert. Zu diesem Zweck verband er sich mit dem Vorsitzenden des gelben Essener Kriegsbeschädigtenverbandes Adorf, ließ sich kostspielige Bureaus in zehn Städten einrichten und verlangte dafür 50 Proz. der eingehenden Gelder. Die Entrüstung der Kriegsbeschädigten verdrängte ihm das schöne Geschäft.

Im „Deutschen Abendblatt“ vom 14. Juni (Herausgeber Reinhold Wulle) findet sich folgende Notiz:

„Wer Geld verdienen will, stelle sich in den Dienst der Wohlthätigkeit. Zuschriften anst. gebild. Herren und Damen (über 25 Jahre) unt. A. 2 Deutsch. Tagblatt, Leipzig, Wintergartenstr. 10.“

Wenn das Inserat nicht in seinem Blatt stände, würde Herr Reinhold Wulle sicher das Inserat selber wie seine Aufnahme in seiner Zeitung als „echt jüdisch“ bezeichnen.

Der Tote der ZBV.

Der Tod des Oberwachmeisters Buchholz von der Z. B. V. 1 Charlottenburg (Hundertchaft zur besonderen Verwendung) erscheint in immer seltsamerem Lichte. Der Tod des Oberwachmeisters war amtlich als Selbstmord gemeldet worden. Wie uns jetzt auf das Bestimmteste versichert wird, hat die auf Drängen der Angehörigen vorgenommene Sezierung der Leiche nicht Selbstmord, sondern Tötung durch fremde Hand ergeben.

Für diese Annahme spricht auch, daß Buchholz kurz vor seinem Tode verschiedene Handlungen vorgenommen hat, die nicht auf Todesabsicht schließen lassen; er ließ sich rasieren, seinen Anzug zum Ausgange bügeln usw. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß Buchholz aus Gründen getötet worden ist, die in das öffentliche Gebiet hinüberspielen.

Der Tote war bekanntlich wegen angeblicher Unterschlagungen verhaftet, dann aber wegen mangelnder Beweise auf freien Fuß gesetzt worden. In den Stunden vor seinem Tode arbeitete er noch intensiv an der Rechnungsführung, um die — wie er sagte — wirklich Schuldigen zu entlarven. Diese Absicht hat er auch Verwandten gegenüber ausgesprochen. Vielleicht wären dabei nun allerlei Interna der Z. B. V. 1 zur Sprache gekommen, — und man sagt, daß diese frühere Hundertschaft des Herrn v. Kessel mehr Geheimnisse in sich birgt, als mancher ahnt. Da kam der plötzliche Tod des Buchholz.

Daß mit dieser Hundertschaft „zur besonderen Verwendung“ vieles nicht in Ordnung ist, beweist auch ein Fall aus dem vorigen Jahre, den der damalige Innenminister Severing als „an Reuterei grenzend“ bezeichnet hat. Bei der Z. B. V. 1 wurden verborgene Waffen entdeckt. Als der Kommandeur der Schutzpolizei Major Kaupisch sich persönlich vom dem Sachverhalt überzeugen wollte, wurde ihm in der Kaserne ein Empfang zuteil, der alle Pflichten gegen den Borgehalten außer Acht ließ. Damals — es war im November 1920 — sollte der Führer der Z. B. V. 1 Oberleutnant (jetzt Hauptmann) Stennes verhaftet werden. Dagegen lehnte sich die Hundertschaft in einer an Reuterei grenzenden Weise auf und setzte tatsächlich ihren Willen durch. Stennes ist heute noch Führer der Hundertschaft. Es wird übrigens behauptet, daß der getötete Oberwachmeister Buchholz Herrn Stennes bereits bei Übernahme der Kasse ein vorhandenes Defizit von 20 000 Mark gemeldet hat.

Severing gegen Dominicus.

Der Hauptausschuß des Preussischen Landtages setzte am Dienstag die Vorberatung des Haushalts des Ministeriums des Innern fort. Abg. Severing (Soz.) wendet sich im Lauf der Debatte gegen den Abg. v. Campe (D. Vp.) und gegen Minister Dominicus. Er verliest einen Erlaß des demokratischen Regierungspräsidenten Pohlmann aus Roggeburg vom 8. Mai 1921, der eine starke „Gefinnungsschnäuel“ darstellt und der beweist, daß der Minister die Revolution vergessen habe. Wir haben ein republikanisch-demokratisches Staatswesen. Deshalb ist nicht allein die sachliche Vorbildung, sondern auch die politische Haltung der höheren Verwaltungsbeamten maßgebend. Die Berufung von Außenleitern muß solange fortgesetzt werden,

bis die Arbeiter eine Vertretung

im Staatsleben haben, die ihrer Zahl und ihrer Bedeutung entspricht. Deshalb haben mich die Worte des Ministers sehr überrascht, daß „im vorigen Jahre Mißgriffe vorgekommen“ sind und daß es „so nicht mehr weitergehe“. Der Minister wird die heftigste Opposition bei allen seinen Amtshandlungen von der Sozialdemokratischen Partei finden. Auch unabhängige Sozialisten muß man zu Beamten machen. Verfehlt ist auch der Erlaß des Ministers gegen die Kommunisten. Zum Schluß bespricht Abg. Severing die Maßnahmen des Selbstschutzes in Oberschlesien. Minister Dominicus: In welchem Umfange die Besetzung der Stellen mit nichtsvorgebildeten Beamten erfolgen könne, ist fraglich. Ich habe schon zwei (1) sozialdemokratische Landräte ernannt. Es besteht die Gefahr für den ordentlichen Gang der Verwaltungsgeschäfte. Eine große Anzahl von Assessoren hat sich schon

aus der Verwaltung geschlüpft,

weil sie keine Hoffnung haben, Landrat zu werden. (Welch entsetzliches Unglück! Red. d. „B.“) Nur bereits bewährte Assessoren dürfen die Stellen erhalten. Diesen Standpunkt teilt auch der sozialdemokratische Regierungspräsident Gräbner aus Düsseldorf. Man will draußen im Lande nicht Parteileute, sondern bewährte Verwaltungsbeamte. Mein Kommunistenrat schließt sie nur aus leitenden Stellen aus. Gerade der Zustand in Mitteldeutschland hat mich zu diesem Erlaß veranlaßt.

Der Kampf um die Steuern.

Der Steueraussschuß des Reichstages erledigte am Dienstag den Entwurf eines Gesetzes über die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Kohlensteuergesetzes, das bis zum 31. März 1922 verlängert werden soll. Abg. Keil (Soz.) erinnert daran, daß seinerzeit ein Antrag von ihm im Ausschuß angenommen wurde, nach Anhörung des Reichshohenrats eine

Neuregelung des Kohlensteuergesetzes

in Angriff zu nehmen. Es sei aber noch nichts geschehen, ebensowenig habe man etwas unternommen, um der Frage der Gemeinbewirtschaftung der Kohle näherzutreten. Keil fragt, ob die Regierung bei der Beratung des Deckungsprogramms diesem Gedanken näherzutreten werde. — Staatssekretär Japp erwidert, daß in der Frage der Sozialisierung des Reichswirtschaftsministerium zuständig ist, das wohl mit entsprechenden Vor-

schlägen kommen werde. Abg. Dr. Helfferich hält die Sozialisierung zurzeit für un diskutabel, weil man damit der Entente den Zugriff auf das Ruhrgebiet erleichtere. (1)

Das Gesetz wurde hierauf gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen, nachdem in § 8 der Abg. gestrichen ist, wonach bei Ermäßigung der Steuer für einzelne Bezirke und Brennstofforten entfallende Ausfall durch eine Erhöhung des allgemeinen Steuerfußes ausgeglichen werden soll. — Es folgte der Gesehentwurf über die

Änderung des Zuckersteuergesetzes.

Diese Steuer soll nach der Vorlage in Zukunft für 100 Kilogramm Reingewicht 100 M. statt bisher 14 M. betragen. Namens der Sozialdemokratie erklärte Abg. Keil, daß seine Partei nicht in der Lage sei, in die Beratung dieses Gesetzes einzutreten. Dies könne nur nach Vorlage und im Rahmen des gesamten Deckungsprogramms geschehen. Bei aller Anerkennung der Verpflichtungen, die durch die Unterzeichnung des Ultimatums uns auferlegt sind, ist nicht einzusehen, daß zunächst mit einem Steuer-gesetz angefangen werden muß, das zweifellos eine starke Belastung der Verbraucher darstellt. Es gäbe jedenfalls andere viel näherliegende und ergiebiger Quellen als die Zuckersteuer. Zuerst die Besitzsteuern und erst dann, wenn diese nicht ausreichen, könne man an indirekte Steuern herangehen.

Staatssekretär Japp bittet, in die Beratung der Vorlage einzutreten. Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei geben sich auf einmal, als liege ihnen die Erfüllung der Bedingungen des Ultimatums, das sie bekanntlich abgelehnt haben, ganz besonders am Herzen. Sie reden von Steuer-labotage. Genosse Keil antwortet ihnen entsprechend. Die Beratung der Zuckersteuervorlage wird zurückgestellt. — Staatssekretär Japp teilt dann mit, daß das

Cohnsteuergesetz

nun dem Reichstag zugegangen sei. Da indes keine Möglichkeit bestehe, es noch vor den Reichstagsferien zu erledigen, sollen die im Gesetz enthaltenen Grundzüge im Wege der Verordnung hinausgegeben werden. Das Gesetz selbst soll erst am 1. Januar 1922 in Kraft treten.

Lager Sielow.

Das Lager Sielow bei Kottbus, in dem Oberschlesler interniert sind, war Gegenstand einer Besichtigung durch die interfraktionelle Kommission. Von dieser wurden drei Fälle festgestellt, in denen Beamte ihre Amtsgewalt mißbraucht und Gefangene mißhandelt haben. Die Hauptbeschwerden der Internierten beziehen sich allerdings auf ihre Festnahme in Oberschlesien und auf den Transport nach Sielow, wobei zweifellos Mißgriffe und Uebergriffe vorgekommen sind. An den Tagen des Transportes, dem 9. und 10. Mai, herrschte große Hitze. Die Gefangenen wurden nicht mit der genügenden Sorgfalt betreut, die Wagen waren nicht genügend gelüftet, auch herrschte Mangel an Trinkwasser. In Kottbus kam es dann auch zu sehr erheblichen Mißhandlungen durch die Wache, sondern lediglich das Opfer seiner Körperkonstitution und der Strapazen der Reise“. Auf deutsch also: Es ist auf seinen körperlichen Zustand nicht die mindeste Rücksicht genommen worden. Ein gerichtliches Verfahren schwebt deswegen, aber wir haben nicht das mindeste Vertrauen zu unserer Rechtspflege, daß sie hier irgendwelche ausreichende Sühne schaffen wird.

Das Lager Sielow wird übrigens im Laufe der Woche endgültig aufgelöst.

Die deutschen Schuldverschreibungen.

Paris, 21. Juni. (W. T. B.) „New York Herald“ erklärt, in unterrichteten Kreisen glaube man, daß der französische Plan, die deutsche Reparations Schuld durch beschränkte Ausgabe von Schuldverschreibungen seitens der einzelnen alliierten Gläubiger stüßig zu machen, binnen kurzem von der Reparationskommission gutgeheißen werde. Die amerikanische Finanzwelt werde den Plan begünstigen. Die Angelegenheit werde auf der Tagesordnung einer neuerlichen Sitzung der alliierten Finanzmänner stehen, die am Freitag in Berlin stattfinden werde. Man glaube, daß die Ausgabe der Schuldverschreibungen durch die alliierten Länder vor dem 1. Dezember erfolgen könne. In der erwähnten Sitzung der Finanzdelegierten werde man sich auch von neuem mit dem Preise der auf dem Wasserwege von Deutschland gelieferten Kohle und mit der Verteilung der in Spa festgesetzten 6½ Proz. der deutschen Entschädigung unter die kleinen Mächte beschäftigen, da bis jetzt in der Kommission keine Einstimmigkeit habe erzielt werden können.

Wie der „Temps“ mitteilt, haben folgende Mächte keinen Anspruch auf einen Anteil von der von Deutschland zu zahlenden Entschädigungsschuld, entweder weil sie keine Schadenersprüche stellen oder weil sie mit Deutschland vor dem Waffenstillstand sich nicht im Kriegszustand befunden haben. Es sind dies die Vereinigten Staaten von Amerika, Bolivien, China, Kuba, Ecuador, Guatemala, Haiti, Honduras, Nicaragua, Panama, Peru, Polen und Uruguay.

Neue Regierung in Wien.

Wien, 21. Juni. (W. T. B.) Die Nationalversammlung hat mit 93 christlichsozialen und großdeutschen gegen 62 sozialdemokratische Stimmen die neue Regierung gewählt. Die neue Bundesregierung nahm die Wahl an.

Die neuen Minister.

Der bisherige Wiener Polizeipräsident Johann Schobeg, Kanzler und Auzerger, der großdeutsche Dr. Baber, Inneres, Sektionschef Hennerl, Ackerbau, Sektionschef Kandler, Verkehrs-wesen, Sektionschef Pauzer, soziale Verwaltung, Sektionschef Angerer, Handel, Sektionschef Breitski bleibt Bizekanzler und Unterrichtsminister, Sektionschef Paltouf, Justizminister, Sektionschef Grimm, Finanzminister und der christlichsoziale Abg. Baugoin, Heeresminister.

Die Regierung Mayr war zurückgetreten, weil die bürgerlichen Steirer trotz aller Drohungen, besonders der südlawischen mit nacktem Landraub, durchaus ihre Anschließungsstimmung haben wollten. Es ist nicht klar, ob sie auch weiter darauf bestehen; jedenfalls hat der italienische Gesandte eben wieder gedroht. Da werden die Steirer doch wohl auf die leider nur platonische Kundgebung verzichten. Die neue Regierung besteht wie die alte aus Christlich-sozialen, Beamten und einem Großdeutschen.

Hardings Völkerbund.

Washington, 21. Juni. (Pariser Rev. Post-Gerald.) Zwei süd-amerikanische Regierungen haben in Washington um Berichte über den Harding'schen Plan einer neuen Gesellschaft der Nationen ersucht. Die Hauptpunkte der Antwort sind folgende: Die Gesellschaft werde zunächst ohne geschriebene Verfassung bleiben. Sie werde mit einem Rat aus Vertretern einer Anzahl von Nationen arbeiten, deren Entscheidungen mehr beratend als bindend Charakter haben sollen. Der gegenwärtige Oberste Rat werde als Kern für die Gesellschaft benutzt werden. Ein internationaler Gerichtshof ohne zwingende Schiedsgerichtsgewalt und ohne Straf-mittel solle gebildet werden.

Gewerkschaftsbewegung

Die Erwerbslosendemonstrationen im Reich und — in Berlin.

Wie aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet berichtet wird, sind die Kundgebungen der Arbeitslosen unter sehr geringer Teilnahme und ruhig verlaufen.

In Remscheid und Elberfeld beteiligten sich kaum 400, in Warmen etwa 850 Personen. Eine noch geringere Beteiligung wies die Demonstration in Essen auf.

In Berlin konnte auch besser „gearbeitet“ werden. Hier sind die Zentralstellen der RABD. und der VABD.; hier hat man stille Reserven im Hinblick auf Obdachlose. Nirgendwo sonst sind sozial „Gewerkschaftshäuser“ in einem Hause zusammen als im Berliner Gewerkschaftshaus, wo nach zwei ungestörten verlaufenen Proben die „Aktion“ Kappen mußte. Die Demonstration sollte sich auch gegen die Bourgeoisie richten. Doch selbst das schlemmende Schmarotzertum Berlins wurde in seinen Vergnügungstätten am Montag so wenig bedrängt als an irgendeinem anderen Tage. Der deutschste Beweis dafür, daß die Macher des Ganzen, denen die geistige Ueberwindung der „Gewerkschaftsbureaucratie“ zu anstrengend und ausfichtslos erscheint, es auf deren Niederknüppelung abgesehen hat, während ihre Presse sich auf einen Feldzug der Lüge, Verleumdung und Verhöhnung eingestellt hat. Sie wissen, daß ihnen auf diesem Boden nicht entgegengetreten werden kann. — Ein Vorgang, der in der Öffentlichkeit bisher nicht bekannt geworden ist, verdient besonders hervorgehoben zu werden. Bei den Zusammenstößen vor dem Gewerkschaftshaus schrie die Hamburger Kommunistin Reith Gutmann unablässig auf den Genossen Wisfler ein: „Sie Vongze, Sie junger Mann!“ Dieses Verhalten kennzeichnet am besten den Geist, aus dem jene Kundgebung heraus geboren wurde. Die Arbeiter und Arbeitslosen, die die Kundgebung veranstalteten, sind in gewissem Sinne als misleitete zu bedauern. Schärfste Verurteilung aber finden diejenigen „Führer“, die immer wieder auf neue sich nicht entschließen, für ihre dunklen Ziele Arbeiter ins Treffen zu führen, und sie aus derselben Gewinnung heraus als Kanonensutter zu mißbrauchen, wie der Militarismus es mit deutschen Arbeitern im Weltkriege tat. Allein dieses Treiben wird die Wirkung haben, daß jeder anständige Arbeiter und Angestellte sich von dieser Gefährlichkeit abwendet und die Einheitsfront der Gewerkschaften gestärkt wird.

„Heimarbeit“ bei der Reichsversicherungsanstalt.

Auf Verlangen des Reichsarbeitsministeriums und des Direktors der Reichsversicherungsanstalt für Anwerfkräfte wurde für die in letzterer tätigen Beamten die volle achtstündige Arbeitszeit eingeführt und die Dienststunden von 8 bis 4 Uhr festgesetzt. Die Beamten erklärten sich damit einverstanden, verlangten jedoch ihrerseits, daß sie nun auch dem Reichsbesoldungsgehalt entsprechend bezahlt werden. Darüber schweben noch Verhandlungen, deren Ausgang abzuwarten bleibt.

Der Betriebsrat forderte nunmehr vom Präsidenten der Reichsversicherungsanstalt, daß auch für die höheren öffentlichen und nach der Reichsbesoldungsordnung bezahlten Beamten der Dienst von 8 bis 4 Uhr eingeführt werden soll. Der Herr Präsident erklärte, das sei nicht möglich, weil die höheren Beamten Arbeit nach Hause mitnehmen (!) Er werde aber den Dienst für die höheren Beamten auf die Zeit von 10 bis 3 1/2 Uhr anordnen; auf 5 1/2 anstatt 8 Stunden. Der Einwand des Betriebsrats, daß die mittleren Beamten schon jahrelang zur Bewältigung ihres Verrichtungen die dienstliche Arbeit zu Hause fortsetzen müssen, blieb unbeachtet.

Die Reichsversicherungsanstalt ist so eingerichtet, damit in ihren Räumen die Angestellten ihre Arbeiten verrichten, und nicht in ihren Wohnungen. Es ist gelinde gesagt, eine Unsitte, die Mitnahme von Arbeit nach Hause zuzulassen und es den höheren Beamten freizustellen, wie lange sie in ihren Euronen tätig sein wollen, ob und wie lange sie zu Hause für den Betrieb tätig sein wollen. Die Arbeiter dürfen nur in den dazu bestimmten Arbeitsräumen verrichten und nicht daraus mitgenommen und aus den Wohnungen wieder mitgebracht werden. Auch die mittleren Beamten müßten auf die Befreiung dieser „Heimarbeit“ dringen. Das Verbot darf nicht höher geschraubt werden, als in der Arbeitszeit betätigt werden kann.

Wie Schlichtungsausschüsse informiert werden.

Beim Schlichtungsausschuß in Oldenburg ist eine Lohnfreiheit der Metallarbeiter anhängig. In einer Verhandlung am 2. Juni entschied der Schlichtungsausschuß u. a.: Es kommt darauf

an, ob die Lebenshaltung augenblicklich teurer ist als im Januar-Februar, wo die letzten Löhne festgesetzt sind. Es wurde beschlossen, hierüber weitere Ermittlungen anzustellen.

Der Industrie- und Arbeitgeberverband in Oldenburg sah sich durch diesen Beschluß zu dem Entgegenkommen veranlaßt, „fördernd einzugreifen“. Nach Dr. Kuczynski, der als „Unabhängiger“ bezeichnet wird, sei für Mai im Verhältnis zum Februar eine Lebenshaltungsverbilligung von 11, bzw. 17, bzw. 29 Punkten festgestellt; nach Calwer eine solche um 6,42 M.; nach Dr. Elsas eine solche um 17 Punkte; nach den Großhandelsindizes der „Frankfurter Zeitung“ eine Verbilligung um 6 Punkte. Prof. Dr. Silbergleit habe eine Verbilligung um 3,24 M., bzw. 2,33 M., bzw. 4,30 M. festgestellt, der Leiter des Statistischen Amtes für Oldenburg eine Verbilligung um 5 Punkte.

Man gibt zu, daß im Verhältnis von Mai zu Februar die prozentuale Verbilligung geringer als 8,60 Proz. sei, welche Zahl für die Lebenshaltungskostenverbilligung für April im Verhältnis zum Dezember errechnet war. Im Februar aber seien die Kosten geringer gewesen als im Januar und noch niedriger als im Dezember 1920. Die Verteuerung von Milch und Butter im Mai sei nur vorübergehend ufm.

Es folgt dann ein ziffernmäßiger Nachweis für die große Not der Metallindustriellen, speziell der der in Frage kommenden Waggonbauanstalt. Höhere Löhne könnten nicht gezahlt werden. Sollte sich der Schlichtungsausschuß dennoch unterziehen, der Waggonbauanstalt höhere Lohnkosten zu verursachen, müßten die Arbeiter entlassen und der Betrieb geschlossen werden. Der Schlichtungsausschuß bzw. die folgenden Instanzen habe es in der Hand, einer Belegschaft von fast 300 Arbeitern durch einen Spruch das Brot zu nehmen, da der Waggonbauanstalt nicht zugemutet werden könne, ohne Verdienst bzw. mit Verlust zu arbeiten.

Weiter wird der Schlichtungsausschuß belehrt: „Das Bestreben nach Lohnabbau geht über die ganze Welt. Der Lohnabbau ist bereits in namhaftem Umfang vollzogen.“ Es folgt dann aus der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ der Hinweis auf die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Exportindustrie, in deren Interesse die deutsche Industrie sehr bald dazu übergehen müsse, die Löhne und Gehälter angemessen herabzusetzen.

„Es mag dem einzelnen Arbeiter unbillig erscheinen, wenn man von ihm verlangt, daß er unter der Notwendigkeit des Abbaus mit der erste Leidtragende ist. Immerhin mag er aber erwägen, daß er um so weniger einer Betriebseinschränkung oder gar einer Betriebsstilllegung anheimfällt, die für Betriebe unumgänglich eintreten würde, in denen nicht rechtzeitig der Lohnabbau erfolgt.“

Stets, wo es sich darum handelt, einen Schiedspruch oder dessen Verbindlichkeitserklärung herbeizuführen, spielt das Unternehmertum den Trumpf aus, mit Betriebsstilllegung zu drohen. Und meist versängt diese Drohung, die Befürchtung für Erwerbslosenunterstützung höhere Summen aufwenden zu müssen.

Der hier geschilderte Fall ist gewiß alltäglich. Aber er ist typisch für die Art, wie die Unternehmer Schlichtungsausschüsse und Demobilisationskommissionen zu beeinflussen suchen, Arbeitseinstellungen provozieren und das Wirtschaftsleben sabotieren.

Das Unternehmertum ist unausgesetzt an der Arbeit, die öffentliche Meinung, Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung im Sinne seiner Profitinteressen zu „informieren“. Von der Stimmführung der Presse und ihres Nachrichtendienstes bis herab zur „Information“ der Nachwächter werden alle Kanäle mit den Nachrichten der Unternehmer gespeist.

Den Arbeiter- und Angestelltenorganisationen ist es nicht möglich, einen gleichen Informationsapparat aufzubieten. Dennoch kann weit mehr geschehen, als es heute der Fall ist. Auch den Betriebsräten ist hier ein reiches Tätigkeitsfeld geboten. Doch darf sich die Berichterstattung nicht in breit ausgebreitete Einzelheiten und persönlichen Kram verzetteln, sondern sie muß sich auf kurze, sachliche, unanfechtbare Darlegungen beschränken.

Die „Innos verhehlen“ Vertreter der sächsischen Gutsarbeiter — so schreibt der leider noch von so manchem Arbeiter abonnierte „Vokal-Anzeiger“ — verweigerten Zugeständnisse, so daß die Verhandlungen vor dem Demobilisationskommissar abgebrochen werden mußten. Das schreibt der „Vokal-Anzeiger“ in demselben Satz, in dem er berichtet, daß auch der Magistrat keine Zugeständnisse machte. Allger sein sollte doch der Magistrat. Durch die Herabsetzung der Streikenden in der bürgerlichen Presse wird doch an den Dingen nichts geändert! Mühte man den dazu aufgezwungenen Scharfsinn, um einen Ausgleich zu schaffen, dann wäre der Streik längst wieder beendet. Durch das Eingreifen der Stadtverordnetenversammlung wird wohl ein Umschwung der unerquicklichen Situation herbeigeführt.

Compers und der Internationale Gewerkschaftsbund. Nach einer Habasmeldung aus Denber hat der Internationale Gewerkschaftsbund in Amsterdam an den amerikanischen Arbeiterbund ein Schreiben gerichtet, in dem er ihn ersucht, seine Austrittserklärung rückgängig zu machen. Der amerikanische Arbeiterbund (lies Compers, über dessen Recht, sich als Vertreter der amerikanischen Arbeiterschaft zu bezeichnen, sich streiten ließe) erklärte in seiner Antwort, dieses Ersuchen sei eine Verleumdung und fügte hinzu, der Internationale Gewerkschaftsbund sei kein Vertreter der Wünsche der internationalen Arbeiterschaft. John B. Lewis, der Präsident der Vergarbeiter der Vereinigten Staaten, teilte auf dem Gewerkschaftskongress in Denber mit, daß er seine Kandidatur für die Präsidentschaft der Gewerkschaften der des Präsidenten Samuel Compers gegenüberstelle.

Arbeitswilligenschuß in England.

Da bisher alle Wänder und Drohungen versagten, die Front der Vergarbeiter zu durchbrechen, kündigte Lloyd George im Unterhause an, daß alle Arbeiter, die arbeiten wollen, in diesem Falle also die Streubrecher, genügen Schutz der Regierung erhalten würden. Man rechnet noch nicht damit, daß viele Arbeiter nach den Vergewerten zurückkehren. — Sie lehnen alle zurück, sobald man ihnen den Weg gebnet hat, ohne daß es der Drohungen und des Zwanges bedarf. — Aus Wales wird berichtet, daß Postenletzen der Streikenden die Arbeitswilligen verhindern zur Arbeit zu gehen. Viele Frauen seien dabei behilflich. Man habe in vielen Fällen die Polizei zur Hilfe gerufen, doch sei es zu ernstlichen Zusammenstößen bisher noch nicht gekommen.

Zentralverband der Glaser, Reichsliste Berlin. Freitag 7 Uhr Mitgliedereversammlung im Gewerkschaftshaus.
Verband der Glaser und Glaserarbeiten. Gruppe Gemeindegliedern. Freitag 7 Uhr in Schulz' Festhalle, Berlin, Am Königsgraben 2, Brandenburgerstraße 10.

Soziales.

Erwerbslosenunterstützung bei Unterbrechungen.

Nach einem neueren Bescheide des Reichsarbeitsministers dürfen Unterbrechungen an Erwerbslose höchstens insgesamt für 26 Wochen gemährt werden, und zwar kommt für die Berechnung dieser Frist nur die Zeit nach dem 1. Oktober 1919 in Betracht. Demnach darf ein Erwerbsloser, der nach dem 1. Oktober 1919 in insgesamt 26 Wochen Erwerbslosenunterstützung bezogen hat, sei es mit oder ohne Unterbrechungen, keine weitere Unterstützung vor Ablauf von weiteren 26 Wochen erhalten. Sofern die Landeszentralbehörde die Höchstdauer der Unterstützung auf 13 Wochen beschränkt hat, sind diese 13 Wochen ebenfalls vom 1. Oktober 1919 an zu rechnen. Hat ein Erwerbsloser in diesem Falle die 13 Wochen Erwerbslosenunterstützung bezogen, so darf ihm erneut Unterstützung erst nach Ablauf von 26 Wochen seit der Einstellung der Fälligkeit gewährt werden. Die Landeszentralbehörde hat es aber in der Hand, ob sie die Höchstdauer der Unterstützung in der Weise unter 26 Wochen herabsetzen will, daß die Unterstützung auch dann zu entziehen ist, wenn sie mit Unterbrechung gewährt worden ist und die einzelnen Bezugszeiträume zusammen gerechnet die Dauer von 13 Wochen übersteigen.

Jugendveranstaltungen.

Berlin Arbeiter-Jugend Groß-Berlin. Sekretariat: RB. 46, In den Zellen 22. Heute, Mittwoch, den 22. Juni:

Abend. Grün, Ede Richter Straße, Vortrag: „Dorwin und Dorwinismus“. — Friedrichshagen, Schornmeierstr. 106a, Vortrag: „Die großen Utopien“. — Kaulsdorf, Schule Wolfstraße, Vortrag: „Schüler und Goethe, ihre Bedeutung für die Arbeiterjugend“. — Bismarck, Fortau 10, Vortrag: „Was ist Bildung“. — Marienhof, Schulstraße 10, Vortrag: „Mittel und Wege“. — Süd-West, Zentraljugendheim Lindenstr. 3, Vortrag: „Bausiens Schulprogramm“. — Weiden, Kurfürststr. 14, Raugewerkschule, Vortragsabend: „Magin Wort“.

Veranst. für den rebull. Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Arbeiter 22. Straße, Berlin. Vortrag: Fortwärts-Vortrag G. m. d. G. Berlin. Kauf: Fortwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin, Lindenstr. 3. Hierzu 2 Beilagen.

Rudolph Hertzog

Inventur-Ausverkauf

Blusen aus weiß. und farbig. Baumwoll-Voile . . . M. 29.- bis M. 66⁵⁰
Kleider aus gestreift. Voll-Voile M. 205.-
Kostüme aus wollgemischten Stoffen M. 375.-
Mäntel farbige, aus covertcoatartigen Stoffen von M. 250.- an
Ein Posten Mädchen-Kleider aus guten Waschstoffen, im Preise ganz bedeutend, teils bis zur Hälfte, ermäßigt.
Ein Posten Kleider-Röcke in Backfisch-Größen, aus ganz vorzüglich. moddefarbig. Waschstoff Stück M. 90.-

Damen- und Kinderhüte für Sport und Reise

Waschsüdwester für Damen u. Kinder 5⁵⁰ 7⁵⁰ 10⁵⁰ 11⁵⁰ 15⁰⁰ | Stoffhüte für Damen, in verschiedenen Formen und Stoffarten . . M. 10⁰⁰ 12⁵⁰ 15⁰⁰ 18⁰⁰ 20⁰⁰
Imitierte Lederhüte für Damen M. 12⁵⁰ 18⁰⁰ 19⁵⁰

Baumwollene Herren-Unterbeinkleider milieistärke, gediegene Qualität, naturwe. s. regulär gewirkt mit Riegelbund, in verschiedenen Größen Stück M. 36.-

Große Posten Reste und Einzelkleider

farbig und schwarz in Wolle, Seide, Samt und Waschstoffen